

Wien, am Montag, den 2. April 1928.

Die Konkurse und Ausgleichs im Gastgewerbe. In einer Ausschusssitzung der Wiener Gastwirtegenossenschaft ist kürzlich mitgeteilt worden, dass im Vorjahre 24 Konkurse und 148 Ausgleichs von Gastwirten erfolgten, was der vollgültige Beweis für die ruinöse Wirkung der von der Gemeinde Wien eingehobenen Nahrungs- und Genussmittelabgabe sei. Das hat auch in der Öffentlichkeit zu den heftigsten Angriffen gegen die Steuerpolitik des Rathauses Anlass gegeben. Der Magistrat hat sich daraufhin an die Genossenschaft der Gastwirte mit dem Ersuchen gewendet, ihm die Namen der in Konkurs geratenen und in Ausgleich gegangenen Gastwirte bekanntzugeben. Die Antwort der Genossenschaft lautet dahin, dass sie die statistischen Ziffern vom Kreditorenverein erhalten habe. Die Namen selbst seien der Genossenschaft nicht bekannt, beziehungsweise habe sie "auf die Feststellung derselben keinen Wert gelegt". Es ist sehr bedauerlich, dass die Vorsteherung der Genossenschaft der Gastwirte in Wien so geringes Interesse gezeigt hat, zu erfahren, welche Standesangehörigen zugrundegegangen sind. Der Magistrat war wissbegieriger. Die ihm vom Kreditorenverein auf Ersuchen zugekommene Liste gibt nämlich überaus lehrreiche Aufschlüsse. Tatsächlich sind im Jahre 1927 nicht 24, sondern sogar 27 Konkurse zu verzeichnen. Allerdings hätte die notwendige Sorgfalt vor der Veröffentlichung solcher alarmierender Ziffern zu der bemerkenswerten Feststellung geführt, dass 22 von diesen Konkursen auf Betriebe ausserhalb Wiens entfallen. Dort besteht also diese verderbliche Wiener Steuer gar nicht und trotzdem haben 22 Gastwirte den Konkurs anmelden müssen. In Wien hingegen bloss 5. Achtzig Prozent der Konkurse entfallen also auf Gebiete, für deren Verwaltung man gewiss nicht das Wiener Rathaus verantwortlich machen kann. Unter den fünf Wiener Betrieben befindet sich das Schiffsrestaurant "Triton", das auf einem im Donaukanal verankerten Schiffe errichtet wurde. Das war von vorneherein ein sehr zweifelhaftes Experiment und das Zugrundegehen dieses exotischen Geschäftes ist gewiss nicht der Steuer zuzuschreiben. Von den 4 anderen Betrieben waren 2 überhaupt nicht der Nahrungs- und Genussmittelabgabe unterworfen. So ergibt sich schliesslich, dass von den im Jahre 1927 in Konkurs gegangenen 27 Gastwirten der weitaus grösste Teil, mehr als neunzig Prozent, von der Wiener Steuer gar nicht berührt war. Ihr Zusammenbruch muss demnach auf ganz andere Ursachen zurückzuführen sein. Gerichtliche Ausgleichs waren im Vorjahre 163 zu verzeichnen. Aber auch diese Ziffer bezieht sich nicht auf Wien allein, sondern umfasst ganz Oesterreich. Von den auswärtigen Betrieben sind 119 in Ausgleich gegangenen. Bloss 44 entfallen auf Wien. Hiavon waren 23 in die Nahrungs- und Genussmittelabgabe zumeist mit ganz niedrigen Sätzen eingereiht. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse im Jahre 1926. Es waren beispielsweise in ganz Oesterreich 30 Konkurse zu verzeichnen. Von denen hat nur ein ganz verschwindender Teil Wiener Gastwirte betroffen, nämlich drei. Die ganz leichtfertig und ohne Prüfung des Sachverhaltes erhobenen Angriffe entbehren daher jedweder Begründung.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. Morgen findet in der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Wiener Rathauses um 18 Uhr eine allgemeine Führung statt.

Wien, am Montag, den 2. April 1928 (Zweite Ausgabe)

.....

Ein Ludwig Koessler-Platz in Wien. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Angelegenheiten hat beschlossen, den neuen Platz bei der Einmündung der Dietrichgasse, Fruethstrasse und Schlachthausgasse in die Erdbergerände auf der Landstrasse Ludwig Koessler-Platz zu benennen. Die Erläuterungstafel wird folgende Inschrift tragen: "Doktor Ludwig Koessler; 1861-1927. Präsident der Wiener Urania, die ihm ihre hohe kulturelle Bedeutung für die Volksbildung verschafft."

.....

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen werden in Margareten die Stöbergasse, Högelmüllergasse und Leitgebasse, auf dem Neubau die Andreasgasse und Richterergasse, in Simmering die Krausegasse und schliesslich in Meidling die Bischoffgasse und Frauenheimgasse elektrisch beleuchtet.

.....

Umbenennung der Winarskygasse und der Kaiserwasserstrasse. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Angelegenheiten hat auf Anregung der Bezirksvertretung Brigittenau die Winarskygasse in Lorenz Müllergasse umbenannt. Die Kaiserwasserstrasse, die von der Nordwestbahn bis zur Engerthstrasse führt, wird in Winarskystrasse umbenannt. Die Erläuterungstafel der Lorenz Müllergasse wird lauten: "Lorenz Müller, 1862-1922, Gemeinderat und Landtagsabgeordneter. Während seiner Amtstätigkeit wurde die Brigittenau ein selbstständiger Gemeindebezirk, um dessen Entwicklung er sich als Bezirksvorsteher in den Jahren 1900 bis 1918 verdient gemacht hat." Die Erläuterungstafel der Winarskystrasse wird die Inschrift haben: "Leopold Winarsky, 1873 - 1915. Gemeinderat. Er war der erste sozialdemokratische Kommunalpolitiker und Führer der Arbeiterbildungsbewegung."

.....

Subventionen der Gemeinde Wien. Der städtische Finanzausschuss hielt heute eine Sitzung ab, in der die Gemeinderäte Hiess, Schafranek, Weigl und Thaller wieder einige Subventionen beantragen. Die Anträge wurden vom städtischen Finanzausschuss angenommen. So wird die Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens mit sechstausend Schilling subventioniert. Der Künstlerverband österreichischer Bildhauer erhält eine Subvention von fünftausend Schilling. Der Verband unterhält die Selbsthilfeaktion der Bildhauer Wiens, die voraussichtlich im Mai eine Grabmälerverkaufsausstellung eröffnen wird. Der Verein Künstlerheim wird mit eintausend Schilling subventioniert. Der Verein, der aus der Vereinigung der bildenden Künstlerinnen hervorgegangen ist, betreibt ein Künstlerheim in Ollersbach, das im Sommer 1927 dreissig Künstler beherbergte. Siebzehn Künstler davon wurden teils unentgeltlich, teils zu einem sehr ermässigten Pensionspreis verpflegt. Eine Subvention von sechshundert Schilling erhält das Mädchenblindenheim Providentia und schliesslich beschloss der städtische Finanzausschuss für das Frauenkrankeninstitut Charite eine Subvention von fünfhundert Schilling. Das Institut, das sich in der Zirkusgasse in der Leopoldstadt befindet, pflegte im Vorjahre 609 Patientinnen und hatte 4727 Einzelordinationen. Die Patientinnen sind durchwegs alte, ledige Hausgehilfinnen, die krank und erwerbsunfähig sind.

*

Wien, am Dienstag, den 3. April 1928

Die Lehrpläne der Mittel- und Hauptschulen. Der Stadtschulrat für Wien hielt am Montag unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seitz eine Vollversammlung ab, die sich ausführlich mit den Entwürfen des Bundesministeriums für Unterricht über die Lehrpläne der Mittelschulen und der Hauptschulen beschäftigte. Nach einem Referat des Hofrates Dr. Furtmüller wurden folgende Forderungen aufgestellt: Die Beseitigung jener Bestimmungen, die dem Wortlaut und der Absicht des Gesetzes widersprechen, die volle Berücksichtigung der Doppelaufgabe der Hauptschule: Vorbereitung für das praktische Leben und für den Uebertritt in die Mittelschule; eine gleich hohe Bildung für Mädchen wie für Knaben; die Berücksichtigung des modernen Gedankens des geistigen Arbeitsunterrichtes sowohl in den allgemeinen pädagogischen Bemerkungen wie in den Anweisungen für die Einzelfächer; schliesslich die Beseitigung der kulturpolitischen Streitobjekte. An diese Forderungen knüpfte sich eine ausführliche Debatte. Der Gegenantrag der Christlichsozialen, der sich auf den Boden der Entwürfe des Unterrichtsministeriums stellte, wurde mit Dreiviertelmehrheit abgelehnt. Die Vollversammlung beschäftigte sich ferner mit dem vom Bundesministerium für Unterricht verlangten Gutachten zu einer Abänderung der Schul- und Unterrichtsordnung. Sie erstattete zu 170 Paragraphen der Schul- und Unterrichtsordnung Abänderungsvorschläge, die von Hofrat Dr. Burger begründet wurden. Neben der Stellungnahme zu einer grossen Zahl von schuladministrativen Fragen formuliert das Gutachten seine Anträge zu allen in der Schul- und Unterrichtsordnung behandelten Problemen der praktischen Pädagogik entsprechend dem heutigen Stande dieser Wissenschaft. So werden die Fragen des Zeugnis- und des Klassifikationswesens, die erzieherischen Aufgaben der Volksschule und das Privatschulwesen einer ausführlichen Betrachtung unterzogen. Insbesondere der mit Rücksicht auf die Einführung der Hauptschule völlig umzuarbeitende Abschnitt über die Bürgerschule wurde einer gänzlichen Neugestaltung unterzogen.

Änderungen des Organisationsstatutes für die städtischen Unternehmungen. Die Verfassungskommission des Gemeinderates hat in zwei Sitzungen den Entwurf über die Änderungen des Organisationsstatutes für die städtischen Unternehmungen beraten. Berichterstatter Präsident Dr. Danneberg legte dar, dass die Vorlage von dem Grundgedanken ausgeht, den Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen als eine Art Verwaltungsrat für diese Unternehmungen zu gestalten, nur mit viel weitergehenden Kompetenzen als sie normaler Weise einem Verwaltungsrat zukommen. Die bisherige Kompetenz des Stadtsenates in Unternehmungsangelegenheiten wird zugunsten des Unternehmungsausschusses beseitigt, so dass der Stadtsenat nur mehr in den Personalangelegenheiten für die städtischen Unternehmungen seine bisherige Kompetenz behält. Selbstverständlich ist die Entscheidung über die wichtigsten Angelegenheiten, insbesondere die ^{Prüfung} und Genehmigung des jährlichen Wirtschaftsplanes und die Beschlussfassung über die Tarife und Anleihen dem Gemeinderat vorbehalten.

Die Grundsätze des Entwurfes fanden in der Kommission allgemeine Billigung, jedoch wurde eine Reihe von Einzelbestimmungen des Entwurfes abgeändert. Auf Antrag des Gemeinderates Gschladt wurde beschlossen, dass der Gemeinderat nicht nur über die Angliederung ein-

zelner Betriebszweige, sondern auch über die Auflassung eines Betriebszweiges zu entscheiden hat. Verträge der Unternehmungen, die eine Ausdehnung des Betriebes auf andere Gemeinden betreffen und deren Dauer fünf Jahre übersteigt, bedürfen der Zustimmung des Gemeinderates, sonst der des Ausschusses. Die Bestimmungen über die Ausschussberatungen wurden auf Antrag des Berichterstatters dahin abgeändert, dass die Beratung und Beschlussfassung über Gegenstände, die für den Gemeinderat bestimmt sind, nicht vertraulich ist. Für andere Geschäftsstücke kann die Aufhebung der Vertraulichkeit vom Ausschuss beschlossen werden. Auf Antrag des Gemeinderates Zimmerl wurde beschlossen, dass die Direktionen der Unternehmungen dem Ausschuss vierteljährlich einen allgemeinen Geschäftsbericht zu erstatten haben. Eine Reihe von Betragsgrenzen, die für die Gemeinderatskompetenz bestimmt waren, wurden im Ausschuss ebenfalls abgeändert. So hat die Genehmigung von Ausgaben für Investitionen und Inventuransehnungen, die nicht im Wirtschaftsplan vorgesehen sind oder das dort vorgesehene Ausmass um mehr als hunderttausend Schilling (Vorlage zweihunderttausend Schilling) übersteigen, durch den Gemeinderat zu erfolgen. Änderungen in der Bedeckung sind, wenn sie im Einzelfall mehr als zweihunderttausend Schilling (Vorlage dreihunderttausend Schilling) betragen, vom Gemeinderat zu genehmigen. Der Erwerb unbeweglicher Güter bedarf schon bei fünfzigtausend Schilling (Vorlage hunderttausend Schilling) und die Veräusserung unbeweglichen Vermögens bei mehr als fünfzigtausend Schilling (Vorlage fünfzigtausend Schilling) die Zustimmung des Gemeinderates.

Die Gemeinderäte Gschladt, Scholz und Zimmerl meldeten folgende Minderheitsanträge an: Dem Gemeinderat soll auch die Uebernahme von Bürgschaften durch die Unternehmungen vorbehalten sein; die Nachsicht von Forderungen und Schadensersatz über fünftausend Schilling soll dem Stadtsenat und über zwanzigtausend Schilling dem Gemeinderat zukommen, während nach dem Beschluss der Kommission diese in die Kompetenz des Unternehmungsausschusses fällt. Bezüglich der Kompetenzabgrenzung des Unternehmungsausschusses gegenüber den Direktionen der Unternehmungen wurde die Herabsetzung einiger Betragsgrenzen von der Minderheit verlangt. Bezüglich der Prüfung der Bilanzen wurde auch die Einbeziehung der dazugehörigen Unterlagen gefordert, bezüglich der Rechtsstreitigkeiten der Unternehmungen die nachträgliche Berichterstattung an den Ausschuss. Ferner wurde beantragt, dass die Einladungen zu den Ausschusssitzungen mindestens zwei Tage vor der Sitzung unter Anschluss der Tagesordnung auszusenden sind, wogegen der Berichterstatter einwendete, dass dies in die Geschäftsordnung gehöre. Schliesslich wurde der Antrag als Minoritätsvotum angemeldet, wonach der amtsführende Stadtrat für die städtischen Unternehmungen vom Vorsitz im Ausschuss ausgeschlossen sein soll. Die Vorlage wird nach Ostern im Stadtsenat und Gemeinderat beraten werden.

Eröffnung des Lehrlingerholungsheimes Grödig bei Salzburg. Zu den von der Lehrlingsfürsorgeaktion bisher schon eröffneten Erholungsheimen Fischau an der Schneebergbahn und Lehrmädchenerholungsheim Schloss Neulangbach wird am Donnerstag, den 19. April, noch das Lehrlingerholungsheim Grödig bei Salzburg eröffnet. Die Schulentlassenen müssen sich wegen Aufnahme beim Berufsberatungsamt, Wien VII., Hermannsgasse 28, melden, die krankenversicherten Jugendlichen jeden Dienstag und Donnerstag von 17 Uhr bis 18 Uhr im Verbandsheim Wien VI., Königseggasse 10.

Wien, am Mittwoch, den 4. April 1928

Ein neuer städtischer Wohnhausbau auf der Landstrasse. Im Zuge des Wohnbauprogrammes für das Jahr 1928 wird ein neuer städtischer Wohnhausbau auf der Landstrasse in der Weinlechnergasse-Rüdengasse nach einem Entwurf des Architekten Ingenieur Hauser aufgeführt. Die Wohnhausanlage wird insgesamt dreissig Wohnungen, davon sieben Einzelzimmer, 17 Wohnungen mit Zimmer, Kabinett und Küche und sechs Wohnungen mit Zimmer, zwei Kabinetten und Küche, enthalten. Die Baukosten betragen rund fünfhunderttausend Schilling.

Kunstpreise der Stadt Wien. Wie schon gemeldet, hat der Wiener Gemeinderat auch für heuer je einen Kunstpreis von dreitausend Schilling für hervorragende Werke der Dichtkunst, der Musik und der bildenden Kunst (Malerei, Bildhauerei und Architektur) gewidmet. Die Kunstpreise werden nach den Vorschlägen des Preisrichterkollegiums und den Beschlüssen des Stadtsenates am 1. Mai verteilt. Bürgermeister Seitz hat nun in das Preisrichterkollegium für Werke der Dichtkunst Hofrat Dr. Ernst Lothar, Hofrat Dr. Karl Glossy und Dr. Josef Gregor, für Musik Dr. Anton Webern, Professor Dr. Karl Weigl und Professor Friedrich Wührer, für bildende Kunst Maler Professor A. D. Goltz, Bildhauer Professor Franz Barwig und Architekt Baurat Emil Hoppe berufen.

Ausgestaltung des städtischen Strom-, Sonnen- und Luftbades Kuchelau. Im Zuge der Ausgestaltung der städtischen Sommerbäder wird auch die Zahl der Umkleidegelegenheiten im städtischen Sommerbad Kuchelau vermehrt. Die Badeschiffe von der Augartenbrücke und Rotundenbrücke werden nach Kuchelau verlegt. Das eine Badeschiff wird zur Vermehrung der Umkleidegelegenheiten verwendet. Es werden durch entsprechende Adaptierung zusammen mit dem zweiten Badeschiff, das zu einem Familienbad umgestaltet wird, 460 neue Umkleidegelegenheiten gewonnen.

Aufnahme von Schulkindern in Erholungsheimen. Der Wiener Stadtschulrat wurde von der Vereinigten österreichischen Krankenkassenhilfe für tuberkulös gefährdete Kinder darauf aufmerksam gemacht, dass in der Zeit der Hauptferien vom Juli bis August ausserordentlich zahlreiche Anmeldungen für die Erholungsheime einlaufen, während in den übrigen Monaten sich nur wenig Kinder um eine Aufnahme in ein solches Heim bewerben. Gerade in den kühleren Monaten, in denen die Kinder mit anderen Familienmitgliedern in vielleicht ungesunden Wohnungen zusammenleben, wodurch der Allgemeinzustand verschlechtert werden kann und auch vielfach die Gefahr ansteckender Krankheiten erhöht wird, werden erfahrungsgemäss in den Heimen der Vereinigten österreichischen Krankenkassenhilfe infolge des geringeren Belages häufig bessere Erfolge in gesundheitlicher Hinsicht erzielt als in den heissen Sommermonaten. Da in den Heimen die Kinder von Lehrkräften unterrichtet werden, ist die Befürchtung, dass die Kinder in ihrem Unterrichtsvorgange zurückbleiben, unbegründet. Es empfiehlt sich daher im Interesse einer zweckdienlichen Erholungsfürsorge, dass in der körperlichen Entwicklung zurückgebliebene, insbesondere aber tuberkulös gefährdete Kinder, deren Eltern krankenversichert sind, von ihren Lehrpersonen schon jetzt an die Zentralstelle der Vereinigten österreichischen Krankenkassenhilfe für tuberkulös gefährdete Kinder, 18., Glanzinggasse 37, zur Untersuchung gewiesen werden.

Herausgeber und verantw. Redakteur: 101
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 4. April 1928 (Zweite Ausgabe)

.....
Der Fürsorgefall Macho. Zu dem Gerichtssaalbericht über die Verhandlung gegen den arbeitslosen Müllergehilfen Friedrich Macho stellt das städtische Wohlfahrtsamt folgendes fest: Es ist unrichtig, dass dem Manne die Pflegebeiträge für seine drei unmündigen Kinder entzogen worden sind. Bekanntlich werden solche Unterstützungen immer auf ein halbes Jahr bewilligt. Dann muss wieder um die Verlängerung angesucht werden. Dies ist unbedingt notwendig, weil sich innerhalb der sechs Monate die Voraussetzungen für die Gewährung der Pflegebeiträge ändern können. Auch Macho hat um die Erneuerung dieser Unterstützung, die am 1. Jänner dieses Jahres abgelaufen ist, angesucht. Es ist begreiflich, dass das Ansuchen nicht sofort erledigt werden konnte, weil die städtischen Fürsorgeämter ganz ausserordentlich stark in Anspruch genommen werden. Es ist der Oeffentlichkeit gewiss unbekannt, dass im Jahre 1927 im Zentralfürsorgeamt der Gemeinde Wien rund 160.000 Hilfesuchende vorgesprochen haben. Es gibt in Wien 21 Bezirksfürsorgeämter, die im Vorjahre von nicht weniger als anderthalb Millionen Menschen um Hilfe in wirtschaftlicher Bedrängnis angegangen worden sind. Die Familie Macho erhielt im Februar für Jänner die Pflegebeiträge nachgezahlt und steht noch gegewärtig im Genuss dieser Unterstützung. Was den Fall sonst anlangt, muss hervorgehoben werden, dass Macho für seine zwei anderen Kinder von der Gemeinde Wiener Neustadt monatlich fünfzig Schilling bekommt. Er steht im Bezug der Arbeitslosenunterstützung und hat vom Beginn seiner Arbeitslosigkeit im Februar 1927 bis Ende März dieses Jahres aus öffentlichen Mitteln 1700 Schilling an Sach- und Geldwerten erhalten. Was die von Frau Macho vor Gericht gegen eine städtische Fürsorgerin erhobene Beschuldigung betrifft, so hat die amtliche Untersuchung die Unrichtigkeit dieser Behauptung ergeben.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 102
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 5. April 1928

.....
Französische Schweizer im Wiener Rathaus. Heute vormittags besuchten ungefähr 140 Teilnehmer einer Studienreise aus einzelnen Orten der französischen Schweiz das Wiener Rathaus. Die Gäste wurden im Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates in Vertretung des Bürgermeisters von Vizebürgermeister Emmerling begrüsst, der einen Ueberblick über die Organisation und die Tätigkeit der Wiener Stadtverwaltung gab und die Reisegesellschaft in Wien herzlich willkommen hiess. Stadtbibliothekar Schelling (Chaux/fonds) dankte namens der Gäste für den freundlichen Empfang und erkürte, dass die Schweizer mit Bewunderung auf die vorbildliche Arbeit der Wiener Stadtverwaltung blicken. Die Schweizer Gäste bleiben bis Montag in Wien und werden vor allem die neuen Schöpfungen der Gemeinde besichtigen.

.....
Parteienverkehr im Wohnungsamt. Am Charsamstag ist in der städtischen Häuserverwaltung (Wohnungsamt), I., Bartensteingasse 7, nur von 8 bis 11 Uhr vormittags allgemeiner Parteienverkehr.

.....
Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. Die Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien in der Volkshalle des neuen Wiener Rathauses ist am Charfreitag und an den beiden Osterfeiertagen geschlossen. Am Dienstag, den 10. April, findet um 18 Uhr eine allgemeine Führung statt.

.....
Wiens Blumenbedarf in den Wintermonaten. Der Wiener Blumengrossmarkt wurde in den drei letzten Monaten des Vorjahres ausser anderen Gärtnern auch mit insgesamt 71.750 Schnittblumen beschickt. Davon lieferten die inländischen Gärtnereien 40.140 Schnittblumen und aus dem Ausland wurden 31.610 eingeführt. Während die inländischen Gärtnereien im Oktober 20.820, im November noch 13.620, im Dezember aber nur mehr 5.700 Schnittblumen auf den Grossmarkt lieferten, waren im Oktober nur 7.380 Schnittblumen Importware, im November schon 10.970 und im Dezember 13.260. Die inländischen Gärtnereien waren daher im Dezember gegenüber den ausländischen Gärtnereien um 7560 Schnittblumen auf dem Wiener Blumengrossmarkt im Rückstand.

.....
Bezirksvertretung Mariahilf. Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf wird am Donnerstag, den 26. April, um 18 Uhr im Sitzungssaale der Bezirksvertretung, VI., Amerlingstrasse 6 abgehalten.

.....
Städtische Schülerspeisung. Im Jahre 1926 nahmen an der städtischen Schülerspeisung nicht weniger als 231.514 Kinder teil, denen 5.778.752 Essen verabreicht worden sind. Von den Kindern waren 187.157 Schüler von Volks- und Bürgerschulen und 44.357 Schützlinge der städtischen Kindergärten. In den letzten drei Monaten des Vorjahres waren 64.560 Kinder Gäste der städtischen Schülerspeisung, von denen nicht weniger als 49.329 unentgeltlich verköstigt wurden. Im Jahre 1926 erhielten von den 231.514 Kindern insgesamt 160.692 unentgeltlich das Essen.

*

Wien, am Freitag, den 7. April 1928

Der Unglücksfall im Amalienbad. Gestern um 20⁵⁵ Uhr wurde von einem im Schwimmbecken des städtischen Amalienbades badenden Mitglied des Arbeiter Schwimmvereines an der tiefsten Stelle (4⁸⁰ Meter) ein männlicher Badegast tot aufgefunden. Der Arzt der sofort herbeigerufenen Rettungsgesellschaft konnte nur mehr den Tod des Mannes feststellen. Als Todesursache des Verunglückten wird Lungenschlag vermutet. Der Unglücksfall wurde auch sofort der Polizei gemeldet, die um 23 Uhr erschien, wobei sich der Polizeiarzt wegen der Todesursache der Ansicht des Arztes der Rettungsgesellschaft angeschlossen haben soll. Der verunglückte Badegast ist Teilnehmer an einer Besichtigung des Amalienbades durch eine Schweizer Reisegesellschaft gewesen und hat anschließend daran das Schwimmbad benützt. Zugleicher Zeit waren in dem Schwimmbecken gegen 300 Badegäste, darunter auch die 140 Teilnehmer der Schweizer Reisegesellschaft, und ausserdem 30 tschechische und polnische Lehrer, die ebenfalls vorher die Einrichtungen des Amalienbades besichtigt hatten. Nach Mitteilungen soll der Verunglückte ein erprobter und erfahrener Sportschwimmer gewesen sein, der bereits mehrfach prämiert worden ist. Der Unfall dürfte dadurch zu erklären sein, dass der Badegast im tieferen Teil des Schwimmbeckens infolge eines körperlichen Gebrechens (Lungenschlag) lautlos untergegangen ist und trotz des reinen klaren Wassers infolge der bewegten Wasseroberfläche bei den starken Besuch der Halle nicht bemerkt werden konnte. Solche Unglücksfälle sind leider nie ganz zu vermeiden, da es bei starkem Besuch des Schwimmbeckens möglich ist, dass zum Beispiel mehrere Badegäste tauchen (unter Wasser schwimmen) und dabei einer von ihnen ohne irgendwelche sichtbare Ertrinkungsausserungen lautlos untergeht. Ein solches Untergehen beim Schwimmen unter Wasser kann natürlich auch bei einwandfreier Beaufsichtigung des Schwimmbeckens durch Badeaufseher und Schwimmlehrer nicht bemerkt werden. Der Unglücksfall ist der erste im städtischen Amalienbad und es wird bemerkt, dass die Schwimmhalle bisher von mehr als 700.000 Badegästen besucht worden ist. Der Verunglückte ist der Mechanikergehilfe Adrian Ritter aus Chaux de la fonds. Er ist Teilnehmer der Schweizer Arbeiterdelegation gewesen und 27 Jahre alt.

Bezirksvertretungswahl in Währing. Die Stadtwahlbehörde hat in ihrer Sitzung am Mittwoch die Wahlergebnisse überprüft und die Richtigkeit der von der Bezirkswahlbehörde vorgenommenen Verkutbarung festgestellt. Ein Einspruch gegen die Ermittlung des Wahlergebnisses ist nicht eingelangt.

Jubilare der Ehe. Am Mittwoch überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder dem Ehepaar Moriz und Betty Turner anlässlich seiner goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Gegenüber dem Vormonate sind die Kanalräumungsgebühren für April unverändert geblieben. Sie betragen das Dreissigfache des Monatszinses vom August 1914 beziehungsweise des Monatszinses, der der Berechnung der Wohnbausteuer zugrunde gelegt wurde.

Wien, am Samstag, den 7. April 1928

Ausbau der Wiener Gartenanlagen. Das Stadtgarteninspektorat der Gemeinde Wien hat heuer auf dem Gebiete der Ausgestaltung der städtischen Parkanlagen anerkanntswerte Arbeit geleistet, die insbesondere der Vermehrung der Blütenpracht in den städtischen Gartenanlagen dient. So zeigen die Wiesen in den Wiener Gartenanlagen heuer nicht nur frisches, junges Frühlingsgrün, sondern an vielen Stellen leuchten helle Farben daraus hervor. Es sind dies die Frühjahrsblüher Edelsafran, Blaustern, Leberblümchen, Tarzetten, Narzissen, Schneeglöckchen usw., die zum erstenmal ausgepflanzt wurden. Mehr als zehntausend Zwiebeln wurden im vergangenen Herbst im Stadtpark, Türkenschaßpark, Wertheimsteinpark und in den anderen städtischen Anlagen ausgesetzt und namentlich die Kinder begrüßen jetzt mit Jubel diese ersten zarten Frühjahrsblüten. In den Gartenanlagen wurden überdies 700 neue Gartenbänke aufgestellt. Um den Strassenpassanten die Möglichkeit zur kurzen Rast zu geben, wurden in den sogenannten "Verlegenheitsgartenflächen", die meist auf dicht verbauten, verkehrsreichen Plätzen wie zum Beispiel vor dem Colosseum, in der Billrothstrasse, Alsewstrasse, auf dem Gellertplatz usw. errichtet worden sind, Sitzplätze geschaffen, eine Neuerung, die sehr starken Anklang gefunden hat. Heuer werden der Bevölkerung auch die Ergebnisse der in diesem Jahr besonders regen Tätigkeit der Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Gartenwesens nutzbar gemacht. Nicht weniger als 31 neue Gartenanlagen mit einem Flächenausmass von über 360.000 Quadratmetern und 28 Baumpflanzungen mit rund 2000 Bäumen werden in den nächsten Wochen den Wienern neu erschlossen. Von diesen Neuanlagen ist insbesondere der Park auf dem Kongressplatz hervorzuheben. Er ist 84.000 Quadratmeter gross. In der Gartenanlage befinden sich ein grosses Schwimmbad und eines der grössten Kinderfreibäder Wiens, ein grosser Rasenspielplatz mit Sportanlagen und Garderoben, die der freien Körperbewegung dienen. Die reizvolle Anlage bietet eine herrliche Fernsicht gegen Süden und Osten. Die Parkbesucher werden dort eine Ueberfülle an Blüten, insbesondere an Zierobstblüten und Rosen finden. Vom höchsten Punkt der Anlage, der durch eine architektonisch reich ausgestattete Milchtrinkhalle gekrönt ist, führt ein breiter Rasenspiegel zur Lobmayergasse, der beiderseits geradlinig von schönen Blütensträuchern begrenzt wird. Die reizvollen Blüten der Zierpfirsiche, Zieräpfel und Zierweichsel werden hier eine Blütenpracht bringen, wie sie bisher in Wien noch nicht gesehen wurde. Eine zweite bedeutende Anlage ist der Wasserpark in Floridsdorf, eine bisher unbekannte Art der Gestaltung einer Parkanlage. Der neue Park wird mit Recht den Titel Wasserpark führen, weil das Wasser sein Hauptinhalt ist. Im Wasserpark ist die Schaffung eines "Venedig en miniature" vorgesehen und das ganze Gelände wird reichlich Gelegenheit zum Gondeln und zu sonstigem Wassersport bieten. Ein kleinerer Teich wird seichter sein, da er den Kindern als wildes Bad dienen soll. Ferner sind ein grosser Spielplatz, eine Milchtrinkhalle, viele Ruheplätze und eine grosse Anzahl Sitzgelegenheiten geplant. Eine weitere gärtnerische Ausschmückung Wiens ist auch die schon sehr weit vorgeschrittene Ausgestaltung der Donaukanalkais. Der erste Teil dieser Anlage wird in den nächsten Wochen fertiggestellt. Die Böschung der Brigittenauerlände von der Friedensbrücke flussabwärts wurde mit Rankrosen reichlich bepflanzt und besäumt. Die Böschung

ist mit einer immergrünen Hecke gekrönt. Durch Einbau kleiner Stützmauern in die Böschung wurden Einschnitte geschaffen, die zur Aufnahme von Ruhebänken dienen. In regelmässigen Abständen wurde der Kaiweg mit Alleebäumen bepflanzt. Die bestehende breite Promenade in der Brigittenauerlände selbst wurde neu ausgestaltet und gegen die Strasse zu mit einer Hecke umsäumt. Eine besondere Ueberraschung für den Besucher wird aber die gärtnerische Ausgestaltung der gegenüberliegenden Seite bieten. Unter der dortigen Baumpflanzung wurde ein breiter Gartenspiegel mit Benkeinschnitten und mit über zwölftausend Rhododendron geschaffen. Es ist dies der erste Versuch in Wien, diese wunderschöne Blütenpflanze in Strassen unter Bäumen zu pflanzen. Ferner wird heuer auch der Trepelweg am rechten Ufer von der Friedensbrücke zum Fischmarkt ähnlich ausgestaltet. Von den Gartenanlagen, die in den nächsten Monaten eröffnet werden, sind weiter noch die Anlage am Schmelzerfriedhof in der Hütteldorferstrasse und die Anlage am Döblinger Friedhof hervorzuheben, wo den Wienern zum erstenmal eine grosse geschlossene Flieder- und Staudenpflanzung geboten wird. Auf dem Döblinger Friedhof befinden sich auch die Grabstätten von August Lannar und Johann Strauss. Sie wurden in stilvoller Umrahmung an Ort und Stelle belassen. Besondere Erwähnung verdient dann noch die neue Gartenanlage auf dem Margareten- gürtel beim Meidlinger Frachtenbahnhof, die ebenfalls reich gartenkünstlerisch ausgestattet ist und mit ihren getrennten Spielplätzen für Erwachsene und Kinder und mit den vielen Ruheplätzen insbesondere der Bewohnern der umliegenden Wohnbauten als beliebter Erholungsort dienen wird. Auch im Weichbild der Stadt wurde eine kleine Grünfläche geschaffen. Es ist die Anlage in der Börsegasse, die durch eine bedeutende Verengung der Fahrbahn gewonnen wurde. Ein breiter Gartenspiegel mit japanischen Kirschhochstämmen, Hochstämmigen Rhododendron und Schlingrosen schmückt die Anlage, die in der Inneren Stadt ein ganz ungewöhnliches reizvolles Bild bietet.

Die Einäscherung des verunglückten Schweizer Arbeiterdelegierten. Heute nachmittags wurde der Leichnam des verunglückten Schweizer Arbeiterdelegierten Adrian Ritter in der Feuerhalle der Stadt Wien eingeäschert. Der Chef der städtischen Bäderverwaltung Oberbaurat Ingenieur Barousch legte im Namen der Gemeinde am Sarge des Verunglückten einen Kranz nieder. Der Bürgermeister hat an die Leitung der Schweizer Arbeiterdelegation ein Beileidsschreiben gerichtet.

Entfallende Sprechstunde. Am Dienstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat Breitner.

Am Ostermontag auf der Strassenbahn und Stadtbahn Sonntagsfahrpreis. Am Ostermontag wird auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis eingehoben. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, Fürsorgefahrtscheine, Arbeitslosenfahrtscheine und Schüleranweisungen haben daher am Ostermontag keine Gültigkeit.

Wien, am Dienstag, den 10. April 1928

.....

Ausländische Gäste im Wiener Rathaus. Am Ostersonntag besuchten mehr als tausend Mitglieder der deutschen und tschechischen Bildungsgesellschaft von Brünn das Wiener Rathaus. Die Gäste besichtigten vorher eine Reihe von städtischen Einrichtungen. Die deutsche Gruppe wurde im Gemeinderatssitzungssaal namens des Bürgermeisters von Vizebürgermeister Emmerling herzlich begrüsst. Für den Empfang dankte Obmann Pipal aus Brünn. Nach der Begrüssung wurden die Brüner unter fachkundiger Führung durch das Rathaus und durch die städtischen Sammlungen geleitet. Anschliessend an den Empfang der deutschen Abordnung begrüsst Vizebürgermeister Emmerling die tschechischen Gäste, wobei er einen Ueberblick über die Arbeit der Wiener Stadtverwaltung gab. Seine Rede wurde vom Gemeinderat Vavrousek in die deutsche Sprache übersetzt, worauf Obmann Löwenthal Worte des Dankes für die Begrüssung sprach. Auch die tschechischen Gäste besichtigten eingehend das Rathaus. Am Ostermontag besuchte eine aus fünfzig Personen bestehende Reisegesellschaft des Bildungsausschusses Luzern das Wiener Rathaus. Auch die Schweizer Gäste, die seit Freitag in Wien sind, besichtigten eine Reihe von städtischen Schöpfungen. Heute statteten gegen 160 englische Pfadfinder in Begleitung ihrer österreichischen Kameraden dem Wiener Rathaus einen Besuch ab. Sie wurden in der historischen Abteilung des Museums der Stadt Wien in Vertretung des Bürgermeisters von Vizebürgermeister Emmerling begrüsst. Die Gäste besichtigten dann unter Führung des Magistratsrates Dr. Asperger die städtischen Sammlungen und die Festräume des Wiener Rathauses.

.....

Vier Millionen Strassenbahnfahrergäste zu Ostern. Wie meist an Doppelfeiertagen haben auch zu den vergangenen Ostern die Strassenbahn und Stadtbahn eine bedeutende Spitzenleistung zu verzeichnen. Der Witterung entsprechend war der Verkehr auf der Strassenbahn und Stadtbahn am Ostermontag stärker als am Ostersonntag. An beiden Feiertagen wurden schätzungsweise nicht weniger als vier Millionen Fahrgäste befördert. Die Strassenbahndirektion hatte 3200 Wagen in den Verkehr gestellt, der auf allen Linien klaglos abgewickelt wurde. Von den Ausflüglern wurden insbesondere die nächste Umgebung Wiens und der Prater aufgesucht.

.....

Empfang des Deutschen Autoklubs im Rathaus. Am Ostersonntag wurden die Teilnehmer an der Wienfahrt, die der Deutsche Automobilklub veranstaltet hat im Wiener Rathaus empfangen. Es waren Vizebürgermeister Hoss, Stadtrat Kokrda und eine Reihe von Gemeindefunktionären erschienen. In Vertretung des Bürgermeisters begrüsst Vizebürgermeister Emmerling die stattliche Zahl von Gästen. Er betonte die grosse Bedeutung des Automobilismus für die Erschliessung neuer Verkehrsmöglichkeiten, verwies auf das siegreiche Vordringen des Autos im Ueberlandverkehr und hob die Wichtigkeit guter Strassen für den Automobilverkehr hervor. Wien freue sich besonders Gäste aus dem Deutschen Reich begrüssen zu können, die in den Mauern dieser Stadt immer herzlich willkommen sind. Dann sprach Präsident Kolm, der die unpolitische Tätigkeit des Deutschen Autoklubs hervorhob. Die Vereinigung widme sich ausschliesslich der Pflege des Autosports. Die Gäste fühlen sich in Wien wie zu Hause und danken der Wiener Stadtverwaltung für den überaus herzlichen Empfang. An der Fahrt des Deutschen Autoklubs nahmen mehr als 200 Personen teil. 38 Automobile kamen direkt aus Berlin und mehr als 20 Wagen aus allen übrigen Teilen des Deutschen Reiches. Gestern fuhren die Automobilisten über Prag wieder in ihre Heimat.

.....

Wien, am Mittwoch, den 11. April 1928

Künstlerischer Schmuck in städtischen Wohnbauten. Die Gemeindeverwaltung schmückt bekanntlich die von ihr geschaffenen Wohnhausbauten mit Werken von bedeutenden Künstlern. Insbesondere in den grossen Wohnhausanlagen sind viele schöne Bildhauerarbeiten zu sehen, die das Entzücken der Bewohner und Gäste erwecken. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat nun beschlossen, im Wohnhausbau Am Wienerberg-Spinnerin am Kreuz künstlerischen Wandschmuck und bei der dortigen Mutterberatungsstelle auch Plastiken anfertigen zu lassen. Mit der Ausführung dieser Arbeiten wurde der akademische Bildhauer Josef Riedl betraut. Ebenso werden den städtischen Wohnhausbau in Ottakring in der Pfenninggeldgasse Puttengruppen zieren, ein Werk des akademischen Bildhauers Hans Vohburger. Diese Wohnhausanlage, die rund 300 Wohnungen enthält, wird auch eine Schubmeierbüste schmücken, mit deren Ausführung der akademische Bildhauer Siegfried Bauer beschäftigt ist.

Statistische Mitteilungen der Stadt Wien. Dieser Tage sind wieder drei Monatshefte der statistischen Mitteilungen der Stadt Wien erschienen, die von der Magistratsabteilung für Statistik herausgegeben werden. Die Mitteilungen enthalten neben reichem statistischen Material einen sehr instruktiven Aufsatz von Magistratssekretär Dr. Olejnik über die Wasserversorgung europäischer Städte. Die angeschlossenen einmaligen Nachweisungen bringen ausführliche schulstatistische und sonstige Daten.

Das Schubertjahr 1928 und die Gemeinde Wien. Nächsten Samstag um 12 Uhr mittag findet unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Seitz im Gemeinderatssitzungssaal des Neuen Wiener Rathauses eine Pressekonferenz statt, zu der gegen dreihundert Einladungen an die Presse ergangen sind. Der Direktor der Fremdenverkehrskommission für Wien und Niederösterreich Kronfeld wird über das Schubertjahr 1928 und die Schubertzentenerfeier der Gemeinde Wien referieren und der Direktor der städtischen Sammlungen Reuther wird über die Schubertzentenausstellung der Stadt Wien sprechen.

Angestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Zuge der Angestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung wird in den nächsten Tagen die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung auf der Wieden in der Karolinengasse und Vicktorgasse, in Hietzing in der Cumberlandstrasse, Serravagasse, Beckmannngasse, Philipgasse und Töpfelgasse und in Ottakring in der Kirchstetterngasse in Betrieb gesetzt.

298 Einäscherungen im März. Nach einem Bericht der Feuerhalle der Stadt Wien, in der am 25. Februar dieses Jahres die zehntausendste Einäscherung stattgefunden hat, wurden im vergangenen März 298 Leichen, darunter 11 Kinder, eingeäschert. Von den Verstorbenen waren 166 Männer und 132 Frauen. Der römisch katholischen Kirche gehörten 192 Eingeäscherte an, der evangelischen 23, der mosaischen ²⁰ und der altkatholischen Kirche 7. Konfessionslos waren 56. In der Zeremonienhalle des Krematoriums wurden im März 96 kirchliche Einsegnungen nach altkatholischem und evangelischem Ritus vorgenommen.

Wien, am Donnerstag, den 12. April 1928.

.....
Die geänderte Wiener Gemeindeverfassung. Die Bundesregierung hat gegen den Gesetzesbeschluss des Wiener Gemeinderates als Landtages vom 21. März 1928, womit die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien abgeändert wird, keinen Einspruch erhoben und der sofortigen Kundmachung dieses Gesetzesbeschlusses zugestimmt. Die Verlautbarung wird im Landesgesetzblatt für Wien am Freitag, den 13. April, erfolgen. Das Bundeskanzleramt hat aber einige unwesentliche Abänderungen angeregt, die auch durchgeführt werden sollen. Der Magistrat hat die neue Vorlage bereits ausgearbeitet. Die vom Gemeinderat als Landtag eingesetzte Verfassungskommission wird sich in einer für Freitag, den 13. April, anberaumten Sitzung mit der Vorlage beschäftigen.

.....
Ausländische Besuche im Wiener Stadtschulrat. Gestern fanden sich zahlreiche Delegierte von Lehrern aus Frankreich im Stadtschulrate ein und wurden gemeinsam mit einer Reihe jugoslawischer, bulgarischer und holländischer Lehrer von Präsidenten des Stadtschulrates empfangen. Präsident Glöckel gab ein Bild der Entwicklung Wiens in den letzten Jahren und insbesondere von dem Neuaufbau des Schulwesens. Er lud die Lehrer aller Nationen herzlich ein, die Schulen zu besuchen und sich ein eigenes Fachurteil zu bilden. Mme. Pichaurat erklärte dann im Namen des syndicat national, das 78.000 Lehrpersonen Frankreichs umfasst, sie sei von allem, was sie hier gehört und gesehen habe, entzückt. In Frankreich haben es die Lehrer schon erreicht, dass an ihren Schulen alle Bücher kriegerischen, militärischen und chauvinistischen Inhaltes beseitigt worden sind; ebenso führten sie einen unerbittlichen Kampf gegen Kriegs- und Militärspielsachen, damit die Kinder sich nicht an die Begriffe wie Säbel, Gewehre, Kanonen gewöhnen, dass sie, wenn sie gross geworden sind, diese Geräte als etwas Selbstverständliches, zur Gesellschaft gehörendes betrachten und benützen. Nur so werde es möglich sein, eine neue Generation von Menschen heranziehen. Der Abgeordnete Dr. Negnestzoth aus Bulgarien sprach im Namen seiner Gruppe den herzlichsten Dank für die Aufnahme in Wien aus. Für die jugoslawischen Lehrer gab Josip Skavie seiner Freude Ausdruck, dass es ihnen möglich sei, die Verwirklichung der neuesten pädagogischen Strömungen in den Schulen Wiens zu studieren. Präsident Glöckel erwiderte darauf, dass die Lehrer eine gewaltige internationale Macht bilden könnten, in dem sie ihre Kräfte dem Dienste der Völkerversöhnung widmen. Die Diplomaten haben es nicht zuwege gebracht, nun werden es die Schulmeister versuchen. Unter fachmännischer Führung besuchen die Lehrer den Unterricht, die Fürsorgeeinrichtungen und die neuen Wohnhausbauten.

.....
Starker Besuch in der städtischen Schülerherberge. Die Schülerherberge des Wiener Stadtschulrates hat gegenwärtig sehr starken Besuch. Vor einigen Tagen waren 25 Handelsakademiker aus Split und 20 Buchdrucker aus Graz Gäste der Schülerherberge. Am Charfreitag trafen 157 englische Pfadfinder in Wien ein, die bis heute in der Schülerherberge bequartiert und verköstigt wurden. Gegenwärtig sind ausserdem 56 Lyzeistinnen aus Klausenburg, 9 Hörer der Universität in Belgrad, 32 Gewerbeschüler aus Leipzig und 18 Mittelschülerinnen aus Linz Gäste der Schülerherberge. Morgen kommen 86 Gymnasiasten aus Warschau und übermorgen Handelsakademiker aus Gablonz nach Wien, die ebenfalls in der städtischen Schülerherberge für die Dauer ihres Wiener Aufenthaltes Aufnahme finden.

Wien, am Freitag, den 13. April 1928

.....

Die Interventionen des Reichverbandes der Arbeitsinvaliden bleiben unberücksichtigt. Ein im Vorjahr gegründeter Reichsverband der Arbeitsinvaliden hat vor den Osterfeiertagen durch Veröffentlichung in den Tagesblättern die Aufforderung gerichtet, es mögen sich Arbeitsinvaliden, Befürsorgte, Pfründner und Pfründnerinnen bei den Fürsorgeinstituten ihrer Wohnbezirke wegen einer speziellen Osterunterstützung melden. Es ist dem "Reichsverband" genau bekannt gewesen, dass die Gemeinde niemals und auch unter den früheren Verwaltungen solche Osterunterstützungen nicht gegeben hat. Es ist deshalb einer grossen Anzahl von Personen neben Ausgaben für die Strassenbahn eine ganz überflüssige Enttäuschung bereitet worden. Die mit notwendigsten Arbeiten ausserordentlich überhäufteten Fürsorgeinstitute sind überdies in ihrer Tätigkeit gehemmt worden. Diese Aktion des Reichverbandes der Arbeitsinvaliden soll offenbar nur der Mitgliederwerbung dienen und ist eine grobe Ungehörigkeit. Mit Rücksicht darauf ist verfügt worden, dass künftighin Eingaben und Interventionen des "Reichsverbandes der Arbeitsinvaliden" unerledigt bleiben.

.....

Die Wiener Gemeindeverfassung. Heute vormittags hielt die Kommission zur Aenderung der Wiener Gemeindeverfassung eine Sitzung ab, in der, den Wünschen der Bundesregierung entsprechend, einige unwesentliche formale Aenderungen an der Wiener Stadtverfassung vorgenommen wurden. Diese Aenderungen werden am Freitag, den 20. April, einer Sitzung des Wiener Landtages vorgelegt. Gleichzeitig wird an diesem Tag der Wiener Gemeinderat das neue Organisationsstatut für die städtischen Unternehmungen verhandeln.

.....

Vergrösserung des städtischen Sommerbades Krapfenwaldl. Das städtische Sonnen- und Luftbad Krapfenwaldl ist eines der beliebtesten Wiener Sommerbäder. Dem immer stärker werdenden Besuch des Bades entsprechend, hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten eine Vergrösserung der Badeanlage beschlossen. Ausserdem werden die Umkleidegelegenheiten um achtzig Kleiderkästchen vermehrt. Das Bad wird nach der Ausgestaltung über 980 Kleiderkästchen und 63 Kabinen verfügen.

.....

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Die Bezirksvertretung Wieden tritt am Dienstag, den 17. April, um 16'30 Uhr im Sitzungssaale des Gemeindehauses Wieden zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus findet am Donnerstag, den 19. April, um 18 Uhr statt. Die Bezirksvertretung Hietzing wurde für Samstag, den 28. April, um 16 Uhr einberufen.

.....

Uebersiedlung der Magistratsabteilung 25 b. Die Magistratsabteilung 25 B, Zentrale, Betriebsbuchhaltung der städtischen Wäschereien und Werkstätten sowie das Baubüro für Wäschereien haben neue Amtsräume bezogen. Sie sind jetzt im Neuen Rathaus, Eingang Felderstrasse, Stiege IV, II. Stock untergebracht. Die Fernsprechnummern der Abteilungen sind A 23500, A 28.500, Klappen 539, 540 und 537.

.....

Wien, am Samstag, den 14. April 1928

.....
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Richter beschlossen, im Zuge der Ausgestaltung der Wiener elektrischen Strassenbeleuchtung auf der Wieden in der Paulanergasse, Schikanedergasse, Mühlgasse und Neumanngasse und in Währing in der Weimarerstrasse, in der Sternwartestrasse und in der Hochschulstrasse die elektrische Beleuchtung einzuführen.

-.-.-.-.-

Die Qualifikationen des Wohnungsamtes. Im Neuen Wiener Tagblatt vom 1. April befinden sich im kleinen Anzeiger Einschaltungen, in denen Qualifikationen des Wohnungsamtes der Stadt Wien zu kaufen gesucht werden. Die Gemeindeverwaltung macht darauf aufmerksam, dass mit einer gekauften Qualifikation niemals die Vermietung einer Wohnung möglich ist. Vor der Vermietung einer Wohnung an einem städtischen Gebäude werden amtlich genaue Erhebungen über den Wohnbedarf vorgenommen. Selbstverständlich geschieht dies auch bei jenen Personen, die eine bevorzugte Qualifikation des Wohnungsamtes aus den früheren Jahren besitzen. Es ist also der Käufer der Qualifikation auf jedenfall der Betrogene, worauf die Gemeindeverwaltung aufmerksam macht.

-.-.-.-.-

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tagt am Dienstag um zehn Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat. Der Wiener Landtag wurde für Freitag um 16 Uhr einberufen. Anschliessend an die Sitzung des Wiener Landtages wird der Wiener Gemeinderat zusammentreten.

-.-.-.-.-

Internationaler Stenographenkongress in Budapest. Vom 1. bis 6. September dieses Jahres findet in Budapest ein internationaler Stenographenkongress statt, zu dem das Kongressbüro, an dessen Spitze Rechtsanwalt Dr. Ernő Muranyi steht, ausserordentlich umfassende Vorbereitungen trifft um das Programm zu einem in jeder Hinsicht interessanten zu gestalten. An die wissenschaftlichen Arbeiten schliesst sich eine Besichtigung des Stenographenmuseums in Szeged an. Das Kongressbüro ist bemüht, den Kongressteilnehmern Reisebegünstigungen und ein billiges Unterkommen zu sichern. Um dies zu ermöglichen, sind Anmeldungen an den Vorsitzenden des Oesterreichischen Verbindungsausschusses für den Internationalen Stenographenkongress Direktionsrat Hirt, I., Ebendorferstrasse 1, zu richten.

-.-.-.-.-

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien in der Volkshalle des Neuen Rathauses spricht morgen um 10 Uhr vormittags Dr. Mars über Arbeitsrationalisierung und Betriebswirtschaft.

-.-.-.-.-

Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau. Die Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamte Neubau finden im Mai am 2., 9., 16., 23. und 30 Mai im Büro des Bezirksvorstehers um 10'30 Uhr vormittags statt.

-.-.-.-.-

Bezirksvertretung Neubau. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Neubau findet am Donnerstag, den 19. April um 18 Uhr im Sitzungssaale des Amtshauses Neubau statt.

-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: llo
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 16. April 1928

Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch wird der Bahnhofrundverkehr der Strassenbahnen wegen Gleisarbeiten in der Nordwestbahnstrasse von der Taborstrasse über den Kai-Porzellangasse-Lichtenwerderplatz zum Gürtel geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen

Am 27. Juni Schulschluss an den Volks-Bürger(Haupt) schulen. Nach einer Mitteilung des Wiener Stadtschulrates findet an den Volks-Bürger(Haupt)schulen in Wien der letzte Unterricht am Mittwoch, den 27. Juni, statt. Die Zeugnisse werden am Donnerstag, den 28. Juni, um neun Uhr vormittags verteilt. Der regelmässige Unterricht im kommenden Schuljahr beginnt am Montag, den 3. September, um acht Uhr früh. Alle Schüler haben sich jedoch schon am Samstag, den 1. September, um neun Uhr vormittags zur Einteilung in die Klassen und zur Empfangnahme der Lernmittel in ihren Schulen einzufinden. Die Schülereinschreibungen für das kommende Schuljahr werden am 11., 12., 14. und 15. Juni in den Schulkanzleien vorgenommen. Zur Einschreibung sind der Tauf- oder Geburtsschein des Kindes, ein Heimatsnachweis und bei geimpften Kindern das Impfzeugnis mitzubringen. Gesuche um Altersnachricht für solche Kinder, die am 1. September 1928 das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, es aber spätestens am 31. Dezember 1928 erreichen und in die öffentliche Schule aufgenommen werden sollen, sind bis längsten 11. Juni in der Kanzlei des Ortsschulrates einzubringen. Gesuche um Altersnachricht für solche Kinder, die in eine Privatschule aufgenommen werden sollen, sind ebenfalls bis 11. Juni beim Bezirksschulinspektor einzubringen. Eine Geburtsbestätigung des Kindes ist beizuschliessen. Die Einschreibung jener Schüler, die eine öffentliche Volksschule in Wien nicht besucht haben, in eine Hauptschule erfolgt am 31. August vormittags. Die Anmeldungen für den einjährigen Lehrkurs der Bürgerschulen (vierte Bürgerschulklasse) finden am 25. und 26. Juni und am 7. und 8. September in den in Betracht kommenden Bürgerschulen statt. Schüler, die nicht rechtzeitig eingeschrieben wurden, kommen für notwendig werdende Umschulungen unter sonst gleichen Voraussetzungen in erster Reihe in Betracht.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. Morgen Dienstag findet in der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Rathauses um 18 Uhr eine abgemeine Führung statt.

Sonderschullehrerberatung. Die Sonderschullehrer für taubstumme und schwerhörige Kinder, für sprachgestörte Kinder, für blinde und sehschwache ^{sowie} für krüppelhafte Kinder und die Sonderschullehrer an Hilfsschulen treten am Mittwoch, den 6. Juni, in den Sitzungssälen des Hietzinger Amtshauses zu einer Sonderschullehrerberatung zusammen. In den einzelnen Sektionen werden ^{Referate} über organisatorische, unterrichtliche und erziehliche Massnahmen behandelt.

Wien, am Dienstag, den 17. April 1928

.....
Die Aenderung des Organisationsstatutes für die städtischen Unternehmungen. In der Sitzung des Wiener Stadtsenates referierte heute Landtagspräsident Dr. Danneberg über das neue Organisationsstatut für die städtischen Unternehmungen. Die Vorlage der Verfassungskommission wurde mit geringfügigen Aenderungen genehmigt. Die Minderheitsanträge wurden aufrecht erhalten. Der Wiener Gemeinderat wird sich am Freitag mit der Vorlage beschäftigen.

.....
Jubilare der Ehe. In den letzten Tagen überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Julius Linder den Ehepaaren Ignaz und Karoline Beneschl und Stefan und Elisabeth Malik anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien. Dem Ehepaare Ignaz und Sophie Weiss überreichte Stadtrat Linder anlässlich seiner goldenen Hochzeit das Ehrendiplom.

.....
Die Sterblichkeit im Februar zurückgegangen. Im Februar sind 2284 Menschen, darunter 130 Ortsfremde, in Wien gestorben. Auf tausend Einwohner und das Jahr berechnet, beträgt der Prozentsatz der Sterblichkeit im Februar 14'6 pro mille. Da die Sterblichkeit im Jänner dieses Jahres 15 pro mille ausmachte, ergibt sich im Februar ein Rückgang von 0'4 pro mille. Gegenüber der Sterblichkeitsziffer im Februar der letzten vier Jahre ist die Sterblichkeit im Februar dieses Jahres um rund 0'2 pro mille zurückgegangen.

.....
Vizeadmiral Burrage mit dem amerikanischen Gesandten bei Bürgermeister Seitz. Der Kommandant der in den europäischen Meeren ständig kreuzenden Flottille der amerikanischen Kriegsmarine, Vizeadmiral Burrage, der bekanntlich Sonntag nach Wien gekommen ist, stattete heute mittags in Begleitung der Flaggschiffsoffiziere Kapitän Bryant und Leutnantkommandeur Macomb sowie des Wiener amerikanischen Gesandten Washburn dem Bürgermeister Seitz einen Besuch ab.

.....
Bezirksvertretung Alsergrund. Die Bezirksvertretung Alsergrund tritt am Mittwoch, den 25. April, um 17 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.

.....
Schülerreisen nach Wien. In der letzten Zeit haben sehr viele Schulen der Provinz und des Auslandes Schülerexkursionen nach Wien unternommen. Die Schüler werden durchwegs in der Schülerherberge des Wiener Stadtschulrates beherbergt und verköstigt. Gegenwärtig hat die Schülerherberge wieder starken Besuch. 25 Handelsakademiker aus Gablonz an der Neisse, 13 Hörerinnen der Frauengewerbeschule in Linz, 40 rumänische Lyzeistinnen und 8 Hörer der Universität in Belgrad weilen als Gäste der Schülerherberge in Wien. Kommenden Sonntag treffen 70 tschechische Lehrer und Lehrerinnen in Wien ein, die ebenfalls während ihres mehrtägigen Studienaufenthaltes in der Schülerherberge des Wiener Stadtschulrates bequartiert werden.

.....

Wien, am Mittwoch, den 18. April 1928.

.....

Elektrische Hausnummerntafeln in Wien. Bis jetzt waren in Wien zur Bezeichnung der Hausnummern bei den Hauseingängen allgemein und fast ausschliesslich gusseiserne Nummerntafeln angebracht. Diese Tafeln sind insbesondere während der Dämmerung und in der Nacht schwer zu lesen. Die städtische Häuserverwaltung und auch einige Wiener private Hausverwaltungen haben sich nun entschlossen, die gusseisernen Tafeln durch elektrisch beleuchtete Hausnummerntafeln zu ersetzen, die sich vortrefflich bewähren. Diese modernen Hausnummerntafeln sind gegenwärtig erst nur ganz vereinzelt zu sehen, so dass die Erleichterung, die die beleuchteten Hausnummerntafeln beim Aufsuchen der Häuser am Abend und in der Nacht gewähren, für die Allgemeinheit noch nicht fühlbar ist. Die neuen Nummerntafeln zeigen auf blauem Grund eine weisse Ziffer. Sie werden sowohl in Emailausführung mit von vorne auf die Ziffer fallendem Licht als auch als von rückwärts beleuchtete Glastafeln hergestellt. Durch eine möglichst allgemeine Einführung solcher elektrisch beleuchteter Hausnummerntafeln würde das Strassenbild von Wien ausserordentlich gehoben werden und Wien würde eine neue Eigenart erhalten, die ^{es} vor anderen Grosstädten auszeichnet. Da die allgemeine Einführung am besten dadurch erreicht wird, dass die Kosten für die Installierung und Benützung der elektrisch beleuchteten Hausnummerntafeln soweit als möglich verringert werden, hat der Wiener Stadtsenat im Interesse der gesamten Bevölkerung die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke ermächtigt, an Häusern, die bereits einen Anschluss für die Stromabgabe haben, auf Wunsch der Hausverwaltung die Herstellung von elektrisch beleuchteten Hausnummerntafeln und die Stromlieferung für dieselben zu besonders günstigen Bedingungen zu übernehmen. Der Strom für die neuen Hausnummerntafeln wird unter Zugrundelegung eines äusserst ermässigten Strompreises zu einem Pauschalsatz von fünf Schilling für jeden sechswöchentlichen Verrechnungsabschnitt berechnet, wobei in diesem Pauschalsatz auch schon das Entgelt für die Beistellung der Nummerntafeln und für die Anstallation mitinbegriffen ist. Unter der Voraussetzung, dass die Länge der Zuleitung nicht mehr als zehn Meter beträgt, ist also ^{für} die Lieferung und Installierung einer Hausnummerntafel selbst, ausser dem im Strompauschale hiefür enthaltenen Anteil, keine besondere Zahlung zu leisten. Der Betrag von fünf Schilling für sechs Wochen ist gewiss leicht aufzubringen, da er beispielsweise in einem Haus mit zwölf Mietparteien für jede Partei eine tägliche Ausgabe von weniger als einem Groschen bedeutet. Es ist daher wohl zu erwarten, dass die elektrisch beleuchteten Hausnummerntafeln in ganz Wien rasch und allgemein eingeführt werden und dadurch einem seit jeher empfundenen Uebelstande im Interesse der Allgemeinheit abgeholfen werden wird.

-.-.-.-.-

Erhöhte Bautätigkeit der Gemeinde. Der Eintritt des besseren Bauwetters wird von der Gemeinde in vollem Umfange ausgenützt. Unmittelbar auf den städtischen Bauten waren in der Woche vom 2. bis 7. April 74197 Arbeiter beschäftigt. In der gleichen Woche des Vorjahres waren es bloss 6440. Dies ist jedoch nur ein geringer Teil der Arbeitskräfte, die durch das städtische Investitionsprogramm Beschäftigung finden. Dazu kommen noch Tausende, die in den Ziegeleien, Zementfabriken, bei der Sandgewinnung, bei der Erzeugung von Fussböden, Türen, Fenster, Installationsanlagen, Küchenherden, Beschlägen, Öfen, Fensterglas und allen den vielen Bedarfsartikeln der Bauführungen tätig sind. Der starke Rückgang der Arbeitslosigkeit, insbesondere bei den Bauarbeitern, ist auf das grosszügige Eingreifen der Gemeinde Wien zurückzuführen.

-.-.-.-.-

Wien, am Mittwoch, den 18. April 1928. (Zweite Ausgabe)

.....

Schutz der Jugend vor Schundliteratur. Das neue Pressgesetz vom Jahre 1922 bestimmt im Paragraph 12, dass auf Antrag einer Unterrichtsbehörde oder eines Jugendamtes Druckwerke, die durch Ausnützung der jugendlichen Triebe das sittliche Wohl der Jugend gefährden, von der Verbreitung an Personen unter 18 Jahren, aber auch überhaupt vom Strassenverkauf oder vom Vertrieb durch Zeitungsversehrer ausgeschlossen werden können. Eine Ausschliessung aus Gründen, die in dem politischen religiösen oder sozialen Inhalt liegen, ist nicht zulässig. Das Recht, solche Anträge zu stellen, hat das Jugendamt und die örtlich zuständige Schulbehörde, die Entscheidung darüber in erster Instanz die Polizeibehörde und in zweiter Instanz der Landeshauptmann. Dadurch wird in die Hand einzelner politischer Funktionäre die Entscheidung über Fragen gegeben, die gleichzeitig erzieherische und künstlerische Interessen berühren. Um zu prüfen, ob in strittigen Fällen diese Interessen in Uebereinstimmung gebracht werden können, hat nun Bürgermeister Seitz als Landeshauptmann ein beratendes Komitee aus Schriftstellern, Künstlern und Pädagogen berufen, dessen Gutachten für die Entscheidungen des Jugendamtes und des Stadtschulrates, eventuell auch für die des Bürgermeisters als Landeshauptmannes massgebend sein wird. Diesem Beirat gehören an: Hofrat Dr. Karl Glossy, akademischer Bildhauer Professor Anton Hanak Schriftsteller Hugo Hoffmannsthal, akademischer Maler Karl Moll, Professor Dr. Julius Tandler und Hofrat Landeschulinspektor Dr. Franz Wollmann. Die erste Sitzung des Beirates ist für Mittwoch den 25. April einberufen. Sie wird sich mit der Prüfung einer Entscheidung der Wiener Polizeidirektion zu befassen haben, durch die über eine in Wien erscheinende Zeitschrift Beschränkungen gemäss des Paragraph 12 des Pressgesetzes verfügt worden sind und gegen die das Blatt an den Bürgermeister als Landeshauptmann berufen hat.

.....

Richtigstellung. In der Mitttagausgabe der Rathauskorrespondenz über die erhöhte Bautätigkeit der Gemeinde Wien soll es richtig heissen: Unmittelbar auf den städtischen Bauten waren in der Woche vom 2. bis 7. April 7.197 Arbeiter beschäftigt.

.....

Verborgenes Grosstadteland. Unter diesem Titel lenkte vor mehreren Tagen ein Nachmittagblatt die Aufmerksamkeit seiner Leser auf die sozialen Verhältnisse einer fünfzigjährigen Pfründnerin Marie Maurer. Dazu wird vom Wohlfahrtsamt der Stadt Wien mitgeteilt: Die Frau Marie Maurer ist nach Zwingendorf in Niederösterreich zuständig und erhält von ihren Heimatsort einen Erhaltungsbeitrag von dreissig Schilling monatlich. Das Fürsorgeinstitut der Gemeinde Wien ist schon vor einem Jahr um Erhöhung der Pfründe der Frau Maurer bei ihrer Heimatsgemeinde vorstellig geworden und hat vor drei Wochen neuerdings eine Erhöhung der Pfründe beantragt.

.....

Wien, am Donnerstag, den 19. April 1928

.....
Die Liliputbahn im Prater. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Angelegenheiten hat gestern für die mit der Liliputbahn im Prater im Zusammenhange stehenden Hochbauten die Baubewilligung erteilt. Es werden im Prater ein Verwaltungsgebäude mit Lokomotivremise, eine Wagenhalle, zwei Kassenhäuschen und ein hölzerner Uebergangssteg errichtet.

-.-.-.-.-

Schliessung der Wärmestuben. Die Wärmestuben auf der Landstrasse, Erdbergerstrasse 85, in Favoriten, Puchsbaumplatz 13, in Rudolfsheim, Nobillegasse 35, in Ottakring, Seeböckgasse 18, und in der Brigittenau, Burghardtgasse 3, stellen am Montag, den 23. April, um 6 Uhr morgens ihren Betrieb ein.

-.-.-.-.-

Ein Märzpark und ein Strauss-Lannerpark in Wien. Wie schon bekannt, hat die Wiener Stadtverwaltung auf den Gründen des ehemaligen Schmelzer-Friedhofes und des Döblinger Friedhofes Parkanlagen errichtet. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Angelegenheiten hat nun gestern beschlossen, die Parkanlage auf den Gründen des ehemaligen Schmelzer Friedhofes Märzpark und die Gartenanlage auf den Gründen des ehemaligen Döblinger Friedhofes Strauss-Lannerpark zu benennen. Die Inschrift der Erläuterungstafeln im Märzpark wird lauten: Bis zum Jahre 1927 befand sich an der Stelle dieser Parkanlage der Schmelzer Friedhof, auf dem die ersten fünfzehn Opfer des Märztage des Revolutionsjahres 1848 bestattet wurden. 1888 erfolgte deren Übertragung auf den Zentralfriedhof. Die Erläuterungstafeln ⁱⁿ Strauss-Lannerpark werden folgende Inschrift tragen: "An der Stelle dieser Parkanlage bestand bis zum Jahre 1928 der alte Döblinger Friedhof, auf dem die Schöpfer des Wiener Walzers Josef Lanner und Johann Strauss (Vater) bestattet wurden. Ihre Gebeine ruhen seit 1904 in den von der Gemeinde Wien gewidmeten Ehrengräbern auf dem Zentralfriedhof."

-.-.-.-.-

Der Tuchmacherbrunnen auf der Tuchlauben-Brandstätte. Wie schon gemeldet, errichtet die Wiener städtische Versicherungsanstalt auf der Tuchlauben-Brandstätte einen Monumentalbrunnen, der einen Tuchmacher darstellen wird. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Angelegenheiten hat nun gestern die Baubewilligung für die Errichtung des Denkmalbrunnens erteilt.

-.-.-.-.-

Bade-Bootshütten und Wochenendhäuschen an der Alten Donau. In den letzten zehn Jahren hat neben dem Fussballsport auch der Segel- und Rudersport in Wien einen bedeutenden Aufschwung genommen. Die Nachfrage nach Grundstücken, die für die Errichtung von Bade- und Bootshütten, sowie für Vereinsheime zur Pflege des Wassersports geeignet sind, wird immer grösser. Für den Wassersport kommt im Wiener Stadtgebiet in erster Linie die Alte Donau in Betracht. Es sind auch in den letzten Jahren zahlreiche provisorische Bauten an der oberen und unteren Alten Donau entstanden. Zur Förderung des Wassersports und der Wochenendbewegung hat nun der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Angelegenheiten beschlossen, für die Errichtung von Bade- und Bootshütten, sowie für Wochenendhäuschen an der Oberen Alten Donau in der Leopoldstadt und in Floridsdorf sowie am sogenannten "Laberlweg" in der Leopoldstadt einige Grundstreifen zu widmen.

-.-.-.-.-

Wien, am Freitag, den 20. April 1928

WIENER LANDTAG

Sitzung vom 20. April 1928.

Präsident Zimmerl eröffnet um 16 Uhr die Sitzung.

Zunächst wird über Vorschlag des Vorsitzenden beschlossen, die zur Vorberatung der Verfassung eingesetzte Kommission auch mit der Vorberatung der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag zu betrauen. Die Kommission wird unmittelbar an den Landtag zu berichten haben.

Weiters wird beschlossen, die Vorberatung des Theater-gesetzentwurfes einer eigenen neugliedrigen Kommission zu übertragen. Berichterstatter Dr. Danneberg referiert über die Gesetzesvorlage, womit die Verfassungsnovelle vom 21. März 1928 abgeändert wird. Dr. Danneberg verweist darauf, dass diese Novelle von Seite der Regierung keinen Ein-spruch erfahren hat und daher kundgemacht worden ist. Die Regierung hat aber in ihrer Mitteilung einige Wünsche geäußert, denen in der Nummer zur Beratung stehenden Vorlage Rechnung getragen ist. Es handelt sich im wesentlichen um Änderungen stilistischer Natur.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung des Landtages erledigt.

Schluss der Sitzung 16³⁰ Uhr.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung 20. April 1928.

Gemeinderat Weigl eröffnet um 16³⁰ Uhr die Sitzung.

Zunächst macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass durch die beschlossene Verfassungsänderung es notwendig wird, dass auch die Geschäftsordnung für den Gemeinderat, für die Gemeinderatsaus-schüsse, Unterausschüsse und die Kommissionen des Gemeinderates sowie die Vorschriften des Organisationstatutes für die städtischen Betrie-be abgeändert werden. Der Vorsitzende Weigl schlägt vor, mit der Vor-beraterung dieser Gegenstände, die seinerzeit zur Vorbereitung der Ver-fassung eingesetzte Kommission zu betrauen, die unmittelbar an den Gemeinderat zu berichten haben wird.

Der Gemeinderat stimmt diesem Vorschlag zu.

Sodann werden ohne Debatte mehrere Anträge angenommen. Die Wasserbett-anlage im Versorgungsheim Lainz wird erweitert und ausgestaltet. Die Kosten betragen 34.000 Schilling. Das städti-sche Volksbad auf dem Einsiedlerplatz wird vergrößert und ausgestaltet. Die Kosten betragen 98.000 Schilling. Der Hauptunratskanal in der Jo-sef Schwarzgasse wird neugebaut. Die Kosten betragen 34.000 Schilling. Am Markte in der Geiselbergstrasse wird ein Marktamtgebäude erbaut. Die Kosten betragen 110.000 Schilling. Der Gemeinderat erteilt die Bau-bewilligung. In Döbling Ecke Döblinger Gürtel und Glatzgasse wird eine städtische Wohnhausanlage errichtet. Das Bauvorhaben der Gemeinde Wien wird für zulässig erklärt. Das Frauenkrankeninstitut "Carite" wird mit 500 Schilling, der Künstlerverband österreichischer Bildhauer in Wien mit 5.000 Schilling, die Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens mit 6.000, der Verein Künstlerheim mit 1000 Schilling subventioniert.

Sodann werden Abänderungen des Generalregulierungs- und Generalbaulinien-planes, Baulinienabänderungen und endlich das Siedlungsprogramm der Ge-meinde Wien für 1928 beschlossen.

Dr. Danneberg berichtet sodann über die Aenderung des Organisationsstatutes für die Unternehmungen der Gemeinde Wien. Er verweist darauf, dass an dem Grundgedanken der in dem Organisationsstatut vom Jahre 1920 festgelegt wurde festgehalten wird, dass nämlich die Generalkompetenz bei den Unternehmungen nicht wie dies in der Hoheits-verwaltung der Fall ist, den Gemeindevorschüssen, sondern den Direktionen der Unternehmungen gegeben wird. Dagegen wurde die Stadtsenat kompetenz durch die Ausschusskompetenz ersetzt indem nämlich alle Kompetenz soweit sie nicht dem Gemeinderat selbst zusteht im Ausschuss 8 vereinigt wird und der Stadtsenat eine Sonderkompetenz nur in den Personalangelegenhei-ten hat. Neu ist auch die Bestimmung, dass dem Ausschuss 8 vierteljähr-lich von den Direktionen der Unternehmungen allgemeine Geschäftsberichte zu erstatten sind. Andere Änderungen des Statutes beziehen sich auf die Wertgrenzen. Der Berichterstatter ersucht, die Vorlage anzunehmen und die vorliegenden Minderheitsberichte abzulehnen.

GR. Zimmerl (E.L.) bemerkt, in den ersten Verfassungsent-würfen, die vorgelegt werden werden an die Minderheit arge Zumutungen ge-stellt, indem alle diese Entwürfe die Tendenz zeigen, die Macht des Magistrates, der Bürokratie und der acht amtsführenden Stadträte ins Unermessliche zu steigern und den Gemeinderat auszuschalten.

Der Redner erklärt, dass die Demokratisierung des Gemeinderates noch sehr viel zu wünschen übrig lasse. Die Kontrolle durch eine Minderheit stellt das Rückgrat einer Verwaltung dar. Wenn auch der Vorlage zwar schon ein paar Stifftähne gezogen worden sind, bleibt immer noch sehr viel zu kritisieren übrig. Gemeinderat Zimmerl spricht dann über die Aufnahme von Darlehen und Bürgschaften, sowie über die Prüfung von Bilanzen und deren Unterlagen und wendet sich schliesslich dage-gen, dass im Unternehmungsausschuss der amtsführende Stadtrat Vizebür-germeister Emmerling den Vorsitz führt. Schliesslich stellt der Redner hinsichtlich der Aufnahme von Darlehen und Bürgschaften, der Prüfung von Bilanzen und deren Unterlagen und endlich hinsichtlich des Vor-sitzes im Unternehmungsausschuss diesbezügliche Anträge und ersucht die Mehrheit, im Interesse einer demokratischen Verwaltung den Anträ-gen der Minderheit zuzustimmen. (Beifall bei der E.L.)

GR. Gschladt (E.L.) sagt, dass in dem neuen Statut der Grundsatz eines freieren Wirtschaftsplanes schärfer herausgearbeitet werden soll. Wir erkennen diesen Grundsatz an, wir müssen aber doch darauf achten, dass die einzelnen Kompetenzen nicht allzustark ver-wirrt werden. Mit Befriedigung ist festzustellen, dass es uns bei einer Reihe von Anträgen in der Kommission, die zur Vorberatung des Statutes eingesetzt war, gelungen ist, unsere Ansichten durchzusetzen. Der Entwurf, der uns heute vorliegt ist besser als der ursprüngliche Entwurf. Aber auch dem vorliegenden Entwurf haften noch Mängel an. Der Redner stellt dann einige Abänderungsanträge, die die dem Gemeinderat vorbehaltene Nachsicht von Forderungen, Schadens- und Mängelerätzen über zwanzigtausend Schilling, ferner die Abschreibung uneinbringlicher Forderungen über 5000 Schilling betreffen. (Beifall).

GR. Schelz (E.L.) meint, dass es gewiss zu begrüßen ist, dass der Gemeinderat und der Stadtsenat in Hinkunft bei Beratung von Vorlagen die die städtischen Unternehmungen betreffen, entlastet werden. Auch die Kompetenz des amtsführenden Stadtrates für die stä-dtischen Unternehmungen ist besser umschrieben. Dagegen ist die Kompe-tenz des zuständigen Ausschusses verschlechtert worden. Die Rechte des Ausschusses sind eingeschränkt worden. Vor allem erblicken wir eine Knebelung der Ausschussmitglieder in der Bestimmung, dass nun sowohl die Beratung als auch die Beschlussfassung des Ausschusses als vertraulich erklärt wird. Der Redner beantragt, dass die ursprüngliche Fassung des § 15, der die Vertraulichkeit behandelt, beibehalten wird. Weiter stellt er eine Reihe von Abänderungsanträgen, die eine Erweiterung der Kompetenz des zuständigen Ausschusses betreffen. (Beifall)

Punkt 35 der Tagesordnung, Siedlungsbauprogramm pro 1928 wird verhandelt werden, da sich zu diesem Punkt Gemeinderat Ullreich zum Worte gemeldet hat.

DR. Daffinger (E.L.) kritisiert die Art der Tätigkeit des Unternehmungsausschusses. In diesem Ausschusse komme es immer wieder vor, dass Vizebgm. Emmerling als der Vorsitzende in die Debatten des Ausschusses eingreife um zu verhüten, dass der betreffende Direktor der Unternehmung Aufklärungen gibt, die ihm nicht passen. Die Mitglieder der Mehrheit in diesem Ausschuss sind über alles informiert, während die der Minderheit von nichts erfahren. Es ist auch nicht am Platze, dass dem Unternehmungsausschusse der Einfluss auf die Personalangelegenheiten entzogen sei. Gemeinderat Daffinger stellt zu § 10 den Antrag, dass die Einladungen zu den Sitzungen des Unternehmungsausschusses den Mitgliedern mindestens 2 Tage vor der Sitzung unter Anschluss der Tagesordnung zuzustellen sind (Beifall bei der E.L.)

GR. Danneberg beschäftigt sich in seinem Schlusswort mit den Ausführungen und Anträgen der Minderheit. Dass die Sitzungen des Unternehmungsausschusses vertraulich sind, ist da es sich um geschäftliche Angelegenheiten handelt ein in der Sache selbst liegendes Erfordernis und hat keinerlei politische Gründe. Ob man, wie es ein Minderheitsantrag verlangt, die Nachsicht von Forderungen als eine Angelegenheit des Stadtsenates oder wie es die Vorlage festsetzt als eine Angelegenheit des Ausschusses behandelt, ist vom politischen Standpunkt aus ganz gleichgültig. Dem Gemeinderat für die Forderungsnachsicht über eine gewisse Grenze hinaus zuständig zu machen ist in dieser rein geschäftlichen Angelegenheit ein Unding. Die Minderheit verlangt bei einer Reihe von Kompetenzgrenzen eine Herabsetzung der Ziffern um den Unternehmungsausschuss die Gelegenheit zu geben, über die Geschäftsführung des betreffenden Unternehmung zu sprechen. Diese Gelegenheit hat der Unternehmungsausschuss ohnedies schon durch Bestimmung, dass vierteljährlich Bericht zu erstatten ist. Dr. Danneberg schlägt schliesslich vor dem Antrag des Gemeinderates Zimmerl auf Streichung des zweiten Absatzes des § 9, wonach der amtsführende Stadtrat den Vorsitz in den Sitzungen des Unternehmungsausschusses führt anzunehmen und den § 14 folgendermassen neu zu textieren: "Der Ausschuss wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und eine von ihm zu bestimmende Anzahl von Stellvertretern gemäss § 96 der Gemeindevahlordnung." Die übrigen Minderheitsanträge ersucht Dr. Danneberg abzulehnen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Die Vorlage wird mit den von Dr. Danneberg empfohlenen Änderungen angenommen.

St. R. Richter referiert nun über den Bau der Hilfsbrücke neben der Augartenbrücke. Der Brückenbau ist wegen des Umbaus der Augartenbrücke notwendig. Bei der Gelegenheit wird auch die Stadtbahndekke verstärkt. Die Kosten betragen 689.000 Schilling. Der Referent ersucht um Genehmigung der Kosten sowie um einen ersten Zuschusskredit von 100.000 Schilling an Stelle des für die Errichtung der Hilfsbrücke bewilligten, aber durch die Nichtinangriffnahme des Baues verfallenen Zuschusskredites für 1927 von 100.000 Schilling.

GR. Daffinger (E.L.) verweist, dass der Bau der Friedensbrücke vier Jahre lang gedauert hat. Es wäre sehr zu wünschen, dass beim Bau der Augartenbrücke weniger Zeit vertrödelte werde. Er ersucht weiters unnötige Absperrungen von Wegen zu vermeiden und die Umgebung des Bauplatzes nicht mit Baumaterialien zu verammeln. (Beifall bei der E.L.)

GR. Prinke (E.L.) bringt dem Bau der Hafensbrücke, die die Leopoldstadt mit Simmering verbinden soll, zur Sprache. Der Bau dieser Brücke wurde vom Gemeinderat schon im Jahre 1926 beschlossen. Die Verhandlungen der Gemeinde Wien mit dem Handelsministerium wegen der Führung der Hafenstrasse durch den Prater zogen sich in die Länge. Schliesslich aber wurde doch eine Einigung erzielt. Im Februar dieses Jahres fanden zwischen den Vertretern der Gemeinde und dem Handelsministerium Besprechungen statt, die mit Ausnahme eines Punktes zu einer vollen Einigung geführt haben. Die Vertreter der Gemeinde erklärten sie werden der Stadtverwaltung über die Verhandlungen berichten. Nun hat das Handelsministerium schon wiederholt bei der Gemeindeverwaltung angefragt, wann die Verhandlungen fortgesetzt werden. Es ist unerhört, dass man sich in der Simmeringer Bezirksvertretung eine Anfrage wegen des Baues der Hafensbrücke bestellt und dem Antragsteller geantwortet wird, an der Verzögerung des Baues sei das Handelsministerium schuld, wo doch die Gemeindeverwaltung bis heute nicht auf die wiederholten Anfragen des Ministeriums wegen Fortführung der Besprechungen reagiert hat. Das Problem der Hafensbrücke ist schon dreifährzehnte alt, es ist also schon Zeit, endlich einmal das Problem zu lösen. Die Simmeringer Bevölkerung erwartet von der Gemeindeverwaltung über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Handelsministerium vollste Aufklärung (Beifall bei der E.L.)

GR. Angermayer (E.L.) stellt an den Referenten die Anfrage, ob für den Brückenbau die angesuchten 689.000 Schilling erforderlich seien oder ob dazu noch die 100.000 Schilling des Zuschusskredites kommen. Am 14. Oktober des Vorjahres wurde für den Brückenbau schon ein erster Zuschusskredit verlangt, mit dem Bemerkten, dass für die Errichtung der Hafensbrücke im Voranschlag für 1928 500.000 Schilling zu bewilligen sind. Im Voranschlag wurden diese 500.000 Schilling nun mit dem Zuschusskredit von 100.000 Schilling als Gesamtkosten eingestellt. Jetzt schnellte die Summe auf einmal auf 689.000 Schilling hinauf. Der Redner stellt an den Referenten die Anfrage, wieso es zur Erhöhung der veranschlagten Summe gekommen sei. (Beifall bei der E.L.) Gemeinderat nachträglich genehmigt wird. Hier kann nicht von einer Schädigung der Gemeinde gesprochen werden, wenn nicht der Stadtsenat auf Grund des § 102 der Gemeindeverfassung bereits die Genehmigung erteilt hätte. 4 Monate hat der Gemeinderat Zeit gehabt, diesen Bau zu beschliessen. Die Anwendung des § 102 geschieht in diesem Fall mutwillig und die nachträgliche Genehmigung ist eine Hanswurstiade. Die Mehrheit will mit diesen nachträglichen Genehmigungen die Minderheit weizen. (Beifall bei der E.L.)

St. R. Richter entgegnet, dass die Vorlage den Ausschüsse und den Stadtsenat hat passieren müssen. Bei dem Bau einer Sommerholungstätte ist aber jeder Tag kostbar. Das rechtfertigt die Genehmigung der Vorlage durch den Stadtsenat. (Zustimmung bei der Mehrheit).

Die Errichtung des Wirtschaftsgebäudes wird genehmigt.

St. R. Richter berichtet dann weiter über die Errichtung von fünf Kinderfreibädern in den Parkschutzgebieten am Franz-Josefs-Kai, auf dem Arthaberplatz in Favoriten, in der Ruckergasse in Meidling im Hartackerpark in Döbling und auf dem Engelsplatz in der Brigittenau. Die Baukosten betragen 500.000 Schilling. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Angermayer (E.L.) bemerkt, dass auch hier die nachträgliche Genehmigung zur Errichtung durch den Gemeinderat nicht am Platze ist. Der Bau dieser fünf Kinderfreibäder ist schon lange vorgesehen. Wenn sich die Mehrheit im Gemeinderat diese Herabwürdigung des Gemeinderates zu einer Abstimmungsmaschine gefallen lässt, die Minderheit erhebt schärfsten Einspruch dagegen. (Zustimmung bei der E.L.)

Der nachfolgende eingeränderte Passus ist nach der 33. Zeile des zweiten Bogens einzuschalten.

ST. R. Richter erwidert, dass ein grösserer Bau immer eine längere Bauzeit hat. Die Umgebung des Baues leidet natürlich darunter. Die Gemeindeverwaltung ist aber bestrebt, bei allen Bauten die Verkehrshindernisse, die infolge des Baues entstehen, möglichst rasch zu beseitigen. Die Gemeinde ist auch bemüht, die Ufer des Donaukanals zu einer wirklichen Ergolungstätte für die Bevölkerung zu machen. Die Hafnbrücke könnte schon längst gebaut sein, wenn das Handelsministerium die Zustimmung erteilt hätte. Die Gemeinde hat neuerlich dem Ministerium schriftlich ihre Vorschläge erstatten bis heute aber ist auf diese Vorschläge keine Antwort eingelangt. Im vorigen Jahr wurde für die Hilfsbrücke ein Zuschusskredit von 100.000 Schilling angesprochen. Da sich aber infolge der bei der Augartenbrücke herrschenden Stromverhältnisse der Baubeginn verzögert hat, ist dieser Kredit verfallen, und er muss nun neuerlich angesprochen werden. Die Hilfsbrücke wird heuer noch fertig, die neue Augartenbrücke wird in 2 bis 2 1/2 Jahren fertiggestellt sein. (Beifall bei der Mehrheit).

Die Vorlage wird dann angenommen.

ST. R. Richter berichtet dann über die Errichtung eines Wirtschaftsgebüdes mit Wächterwohnung bei der Sommererholungsstätte für Kinder in Pötzleinsdorf. Der Bau kostet 50.000 Schilling.

GR. Angermayer (E. L.) bemängelt, dass diese Vorlage vom

STR. Richter antwortet, dass auch hier durch die nachträgliche Genehmigung einige kostbare Bautage gewonnen wurden.

Der Bau der fünf Kinderfreibäder wird genehmigt.

STR. Kokrda beantragt einen Zuschusskredit von 85.691 Schilling für das Jahr 1927 zur Deckung eines Mehrerfordernisses der Märkte und Schlachthöfe. Das Mehrerfordernis ist infolge grösserer Schneesäuberungsarbeiten der Erhöhung der Körperschaftssteuer, der Ausgaben beim Grosskampftag gegen die Ratten und infolge anderer unvorhergesehener Ausgaben notwendig geworden.

GR. Binder (E. L.) bemängelt, dass in der Tagesordnung die Mehrausgaben nicht begründet erscheinen. Die Minderheit verlangt, dass künftighin die Vorlagen genauer ausgearbeitet werden (Zustimmung bei der Minderheit).

STR. Kokrda weist darauf hin, dass die Vorlage im Ausschuss gründlich behandelt worden ist. Dort wurden auch die Mehrausgaben genau angegeben.

Die Vorlage wird dann angenommen.

GR. Löttsch (soz. dem.) berichtet hierauf über den Ankauf von Baugründen von der Allgemeinen Baugesellschaft A. Porr. auf dem Alsergrund, in Favoriten und in der Brigittenau. Im Alsergrund sind es drei wertvolle Bauparzellen beim Hernalsergürtel im Ausmass von 1345 Quadratmeter. In Favoriten sind es 9070 Quadratmeter Grund und in der Brigittenau 147.942 Quadratmeter Baugründe. Der gesamte Kaufpreis beträgt 836.609 Schilling. Der Referent weist darauf hin, dass dieser Ankauf bereits in der Öffentlichkeit besprochen wurde. Eine Zeitung hat geschrieben, dass es ein verdächtiger Kauf ist. In dem Grundankauf-

komitee sitzt auch der Vizebürgermeister Hoss; auch er musste zugeben, dass die Gemeinde hier ein günstiges Geschäft macht. Wir würden nur wünschen, dass alle die in Wien einen Grund besitzen, ihm zu so günstige Bedingungen der Gemeinde anbieten würden.

GR. Angermayer (E. L.): Der Preis der für die Gründe gezahlt wird, ist sehr gut, da weder die Beschaffenheit noch die Lage der Gründe für Bauzwecke sehr günstig ist. Ein grosser Teil der Gründe ist für Bauzwecke überhaupt nicht geeignet, ein Teil von ihnen sympathisiert mit den Grundbesitzern in Heiligenstadt. Ein anderer Teil fällt in die Strassengründe, so dass der Ankauf dieser Parzellen vollkommen zwecklos war. Wir glauben daher nicht, dass der Kauf eine Notwendigkeit für die Gemeinde war. Bei diesem Grundankauf ist man auch von der üblichen harten Praxis in einer für die Verkäufer sehr entgegenkommenden Weise abgegangen. Man hat ein ähnliches Entgegenkommen schon einmal erlebt, als vom Herrn Kuffner die Gründe in der Thaliastrasse gekauft worden sind. Damals hat man nicht mit Unrecht vermutet, dass dieses Entgegenkommen parteipolitische Hintergründe hatte. Auch der heutige Ankauf scheint in dieselbe Kategorie zu gehören. Die Gründe werden von derselben Firma gekauft, die den Unterbau der Bauten in der Heiligenstädterstrasse und in der Hagenmüllergasse durchgeführt hat und von der behauptet wird, dass sie verpflichtet sei, die aus dieser Baukatastrophe entstandenen Schäden voll zu tragen. Es war uns bisher nicht möglich Einblick in die Baukatastrophe auf der Heiligenstädterstrasse und Hagenmüllergasse zu gewinnen. Jedenfalls hat die Vorlage einen ominösen Beigeschmack die Mehrheit scheint hier Samariendienstleistungen zu wollen. Dieser Grundankauf ist der erste Schritt dazu die finanziellen Folgen, die sich aus der Katastrophe in der Heiligenstädter- und Hagenmüllergasse ergeben, in entgegenkommender Weise, wenigstens teilweise auf die Schultern der Gemeinde zu übernehmen. Die Minderheit ist nicht gesonnen, ihnen darin zu folgen, dem schuldigen Teil auf Umwegen beizuspringen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit).

STR. Kokrda:

Über den Grundankauf hat ein Verhandlungskomitee des Ausschusses VI verhandelt, in dem Vizebürgermeister Hoss vertreten war (Lebhafte Hörtrufe bei der Mehrheit) der von Anfang bis zum Schluss persönlich an den Verhandlungen mitgewirkt hat (Lebhafte Hörtrufe bei der Mehrheit) und der an Ort und Stelle die in Frage kommenden Grundstücke besichtigt hat. Es ist sehr sonderbar dass ein Herr der Opposition nach all diesen Vorverhandlungen und Bemühungen die sich das Komitee genommen hat, um die Gründe so billig wie möglich zu erstehen, hier aufsteht und seine Weisheiten vorbringt (Lebhafte Zwischenrufe bei der Minderheit). Das sind Verdächtigungen, darnach angetan, damit ein politisches Geschäft zu machen. Wenn diese Gründe von einem Herrn Mayer gekauft worden wären, hätten niemand von der Opposition dazu gesprochen, oder es wäre erklärt worden, man habe den Grund wieder jemandem abgeknöpft. Vielleicht stehen wirklich diese Grundverkäufe mit dem Bauten in der Hagenmüllerstrasse und in der Heiligenstädterstrasse in Verbindung, vielleicht musste wirklich die allgemeine österreichische Baugesellschaft diese Gründe verkaufen um sich Geld zu verschaffen (Lachen bei der Minderheit). Wenn Sie glauben, dass hier ein ominöser Kauf vorliegt, machen wir Ihnen in aller Ruhe den Vorschlag, veranlassen Sie das Klosterneuburger Stift, das ein Annahmer dieser Gründe ist, uns Ihre Gründe zu denselben Bedingungen zu überlassen dann werden wir sie ohne weiter zu verhandeln ohne weiteres kaufen (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit, Zwischenrufe bei der Minderheit). Wir sind absolut nicht geneigt der allgemeinen Baugesellschaft einen

GR. Stubianek (soz. dem.) berichtet über die Erbauung einer Feuerwache in Neustift am Walde. Die Kosten betragen 135.000 Schilling. Die neue Feuerwache ist für die Gebietsteile Salmansdorf, Neustift am Walde und Ober Siewering bestimmt.

GR. Dr. Kolasa (E.L.) stellt fest, dass die freiwillige Feuerwehr Neustift am Walde immer eine sehr gute Feuerwehr war. Sie hat sich auch bei den Bränden im Vorjahr ausgezeichnet. Die freiwilligen Feuerwehren werden einzig und allein nun von ihnen aus politischen Gründen umgebracht weshalb wir gegen den Antrag stimmen. (Beifall bei der E.L.)

GR. Doppler erklärt, dass es ein heller Wahnsinn ist, die freiwilligen Feuerwehren aufzulösen. Wenn in den Inneren Bezirken freiwillige Feuerwehren aufgelöst worden sind, so kann man das bis zu einem gewissen Grade noch verstehen; aber die Auflösung der freiwilligen Feuerwehren in den ländlichen Gebieten, wie in Neustift am Walde, kann kein Mensch begreifen.

In Neustift am Walde sind 32 Hydranten, die 6 bis 13 Atmosphären aufweisen. Was die freiwillige Feuerwehr Neustift am Walde gebraucht hätte, wäre ein leichtes Gerät gewesen. Man hat ihr vor 3 Jahren einen Tenderrüstwagen zugewiesen. Die freiwillige Feuerwehr hat aber ein leichtes Gerät verlangt, ihr Ansuchen blieb aber unbeantwortet, obwohl solche leichte Geräte vorhanden waren. Die freiwillige Feuerwehr Neustift am Walde verfügt über 36 Feuerwehrmänner, die vorzüglich ausgebildet sind. Die Reorganisation des Wiener Feuerlöschwesens ist eine rein parteimässige. (Beifall bei der E.L.)

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Stubianek, dass die Wiener Gemeindeverwaltung die Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehren stets anerkannt hat. Wir sind keine Gegner der freiwilligen Feuerwehren, und wo wir wissen, dass eine freiwillige Feuerwehr nötig ist, dort bleibt sie auch.

Der Antrag wird angenommen.

Vizebgm. Emmerling berichtet über die Ausgestaltung des Hochspannetzes, der Schaltwerke und der Unterstationen der städtischen Elektrizitätswerke. Die städtischen Elektrizitätswerke haben seit 1919 eine bedeutende Entwicklung genommen. Während sie 1919 203.000 Konsumenten hatten, und 228 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugten, stieg im Jahre 1926 die Zahl der Konsumenten auf 550.000 und die Erzeugung auf 447 Millionen Kilowattstunden. Eine solche Entwicklung verpflichtet uns, die Werke dementsprechend auszugestalten. Seit 1919 wurde für die Ausgestaltung der Elektrizitätswerke schon 130 Millionen Schilling ausgegeben. Er stellt schliesslich den Antrag für die Errichtung je eines Umspannwerkes im Kraftwerk Simmering und Engerrhstrasse einen Sachkredit von 8.617.000 Schilling, für den Ausbau des Umspannwerkes Schmelz samt Einrichtung einer Gleichstromunterstation für Licht- und Bahnzwecke, ferner für den Aufbau des Umspannwerkes Michelbeuern und Errichtung von zwei weiteren Umspannwerken einen Sachkredit von 22.188.000 Schilling, für den Umbau des 28.000 Voltkabelnetzes und den Einbau von Erdstromlöschspulen und Selektivrelais in das 28.000 und 5000 Voltkabelnetz einen Sachkredit von 7.050.000 Schilling, für den Ausbau der 5000 Volt Schaltanlage in der Unterstation Sechshaus und den Umbau der 5000 Volt Schaltanlagen in den Unterstationen Rudolfsheim Währing und Mariahilf, einen Sachkredit von 2.590.000 Schilling, für die Errichtung einer Unterstation zur Entlastung der Unterstationen Neubau und Mariahilf einen Sachkredit von 1.645.000 Schilling, für die Anschaffung und Aufstellung von vier neuen Akkumulatorenbatterien und allen dazugehörigen Apparaten und baulichen Herstellungen in den Unterstationen Währing, Ottakring, beim Umspannwerk Schmelz und in der neu zu errichtenden Unterstation und für die

Erweiterung einer bestehenden Akkumulatorenbatterie in der Unterstation Kaunitzgasse einen Sachkredit von 9.310.000 Schilling zuzuschlagen. Die Gesamtkosten der Arbeiten betragen 51.400.000 Schilling. Sie werden mit dem Betrag von 41.683.000 Schilling aus der Dreissigmillionen-Dollaranleihe und mit dem Betrage von 9.717.000 Schilling durch Heranziehung der Wertabschreibungsreserve bestritten. (Beifall bei der Mehrheit),

GR. Scholz (E.L.) erklärt, dass es sehr lange gebraucht hat, bis sich die Gemeinde entschlossen hat, den Elektrizitätswerken die nötigen Mittel zur Ausgestaltung zur Verfügung zu stellen. Es ist Zeit, dass die Werke einmal ausgestattet werden, damit dem Wirrwarr der verschiedenen Spannungen von 110 Volt, von 220 Volt, von Drehstrom und sw. endlich einmal ein Ende gemacht wird. (Beifall bei der E.L.)

In seinem Schlusswort erwidert Vizebgm. Emmerling, dass die Gemeinde bestrebt ist, die Anlage mit den vollkommsten Einrichtungen auszugestalten.

Anträge des Berichterstatters werden angenommen.

GR. Schafranek (soz. dem.) berichtet über die Subventionierung des Mädchen Blindenheimes Providentia mit 600 Schilling.

GR. Merbaul (E.L.) erklärt, dass der Blindenverband vor der Auflösung steht. Die Blindenfürsorgestelle, die von der Gemeinde geschaffen wurde, lässt Stadtrat Professor Dr. Tandler verkümmern. Berlin hat 2180 Blinde. Dort wurde ein Kataster angelegt, der die Fürsorge für die Blinden ausserordentlich erleichtert. (Beifall bei der Mehrheit).

ST. R. Prof. Dr. Tandler erwidert, dass der vom Gemeinderat Merbaul angeregte Blindenkataster in einiger Zeit fertiggestellt sein wird. Das Koratorium der Fürsorgestelle wird sodann zusammen treten. Der Referent verzichtet auf das Schlusswort. Der Antrag wird angenommen.

Stadtrat Prof. Dr. Tandler ersucht um Bewilligung eines Zuschusskredites von 25.100 Schilling zur Deckung des Mehrerfordernisses infolge zahlreicherer Zuweisung von Bürgerversorgungshauspfleglingen im Versorgungsheim Lainz.

GR. Merbaul (E.L.) bemängelt, dass die Pfründen für alte, erwerbsunfähige Menschen zu karg bemessen werden. Auch ist die Aufnahme in das Versorgungsheim Lainz mit sehr vielen Schwierigkeiten verbunden. Gerade an den Ärmsten wird gespart. Wenn da nicht Abhilfe geschaffen wird, wird man die Wiener Bevölkerung zum Schutze der alten armen Wiener aufrufen müssen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen.

STR. Weber referiert über das Siedlungsbauprogramm pro 1928.

GR. Wllreich (E.L.) fragt, warum die am Flötzersteig errichteten Objekte um so viel teurer sind als die Objekte in den anderen drei Siedlungen und aus welchen Mitteln das Genossenschaftshaus erbaut wird, dass in Wahrheit Parteizwecken dienen soll. Weiters fragt er, wozu ein Treuhandvertrag mit der Gesiba abgeschlossen werden, wenn diese Gesellschaft bei allen Offerten und bei allen Anstellungen von Beamten an die Zustimmung der Mag. Abteilung 16 gebunden werde. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

STR. Weber erwidert, dass die Siedlung am Flötzersteig, weil im ansteigenden Terrain errichtet, höhere Kosten erfordere als die anderen Siedlungen. Bei den bemängelten Bestimmungen in dem Vertrag mit der Gesiba handle es sich nicht um ein Misstrauen gegen diese Gesellschaft, sondern um die Feststellung ganz selbstverständlicher kaufmännischer Grundsätze.

Der Antrag wird angenommen. Der Berichterstatter berichtet sodann über die Änderung des Organisationsstatutes der Gemeinde Wien. Er weist darauf, dass die Änderung des Organisationsstatutes

Wien, am Samstag, den 21. April 1928

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zusammen. Der Wiener Gemeinderat wurde für Freitag, 17 Uhr, einberufen.

Die Auslagenbeleuchtung in Wien. Die Wiener städtischen Elektrizitätswerke haben eine umfassende Auslagenbeleuchtungspropaganda durchgeführt, die einen vollen Erfolg erzielt hat. Bei einer Begehung der Wiener Strassen, die vor zwei Jahren durchgeführt wurde, konnte in etwa tausend Strassenzügen beobachtet werden, dass ungefähr fünfhundert Geschäfte ihre Auslagen mit der Reklamebeleuchtung versehen hatten. Die Auslagenbeleuchtungspropaganda der städtischen Elektrizitätswerke, die im Vorjahr eingesetzt und der Kaufmannschaft weitgehende Begünstigungen und insbesondere einen sehr ermässigten Strompreis für die Reklamebeleuchtung der Auslagen und Geschäftsladen eingeräumt hat, hat nun den Erfolg gezeitigt, dass gegenüber 1926 heute um rund zweihundert Geschäftslokale mehr mit Auslagenbeleuchtung ausgestattet sind. Insbesondere die Mariahilferstrasse und die Körntnerstrasse, in denen eine unbeleuchtete Geschäftsauslage schon zur grössten Seltenheit gehört, so wie viele andere Wiener Hauptverkehrsstrassen bieten heute durch die Reklamebeleuchtung von Geschäftslokalen und Auslagen einen weltstädtischen Anblick.

Steuerhinterziehungen von Heurigenschenkern. Die vom Magistrat vorgenommenen Beobachtungen bei Heurigenschenkern haben zur Feststellung geführt, dass in einer Reihe von Betrieben bloss Bruchteile der wirklich erzielten Lösung zur Versteuerung einbekannt worden sind. Es mussten deshalb Nachbemessungen auf Grund von amtlichen Einschätzungen vorgenommen und gegen die Schuldtragenden das Strafverfahren eingeleitet werden. Zwei Heurigenschenker haben die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen und es fand darüber am 13. April die Verhandlung statt. Der Magistrat war dabei durch Senatsrat Dr. Urban vertreten. Der Heurigenschenker Johann H. hatte Aufzeichnungen lediglich in der Form geführt, dass in einzelnen Rubriken Stricherln eingesetzt wurden, ohne dass die hierfür vereinnahmten Entgelte irgendwie, sei es auch nur als Zusammenfassung der Tageslösung, ersichtlich waren. Der Verwaltungsgerichtshof hat eine solche Art der Buchführung als mangelhaft bezeichnet und ausgesprochen, dass die Behörde daher berechtigt war, von amtswegen und auf Grund der Schätzungsergebnisse die Abgabe zu bemessen. Aber auch bezüglich der Ermittlung der Bemessungsgrundlage durch diese amtliche Schätzung wurde sowohl von Johann H. als auch von Karl S. die Einwendung erhoben, dass einzelne Beobachtungen keine ausreichende Grundlage darstellen könnten, um für einen Zeitraum von Monaten eine amtliche Bemessung vorzunehmen. In dieser Beziehung hat der Verwaltungsgerichtshof ausgesprochen, dass er keinen Anlass habe, in die Beurteilung der Schätzung einzugehen, weil dies Gegenstand der Tatsachenfeststellung war. Dass übrigens dabei kein Unrecht geschehen ist, kann aus Folgendem ersicht werden: Bei einer Beobachtung im Betrieb des Johann H. an drei Tagen des Monats Oktober 1926 durch nur wenige Stunden wurde nach der Menge der verabreichten Weine und Speisung eine Lösung von 520 Schilling geschätzt; einbekannt wurden aber für den ganzen Monat Oktober 1926 nur 273 Schilling. Die Beobachtung an zwei Tagen des Monats November 1926 ergab eine schätzungs-

weise Lösung von tausend Schilling; einbekannt wurden hingegen für den ganzen Monat November 1926 bloss 452 Schilling. Am 7. November 1926 wurden 200 Besucher festgestellt. Als Lösung aber hatte Johann H. insgesamt 44 Schilling angegeben, so dass auf den einzelnen Gast ein Betrag von 22 Groschen als Zeche entfallen wäre.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Rathauses spricht morgen Sonntag um 10:30 vormittags Dr. Ludwig Neumann über Erd- und Gesellschaftsentwicklung.

Das Grab Luise Montags in Gemeindeobhut. Die bekannte Wiener Volksängerin Luise Montag, die am 20. März des Vorjahres gestorben ist, hat ihre letzte Ruhestätte in einen von der Gemeinde Wien gewidmeten Grabe auf dem Zentralfriedhof. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Angelegenheiten hat nun beschlossen, die Grabstätte Luise Montags gärtnerisch auszuschnücken und dauernd in die Pflege der Gemeinde zu übernehmen. Das Grab der bekannten Wiener Volksängerin wird auch mit einem Grabdenkmal geschmückt. Die Gemeinde Wien trägt nun auch die Kosten für die Fundierung und Aufstellung von Sockelsteinen, auf die eine bronzene Büste Luise Montags aufgestellt werden wird.

Oberarzt Dr. Edmund Jellinek gestorben. Donnerstag nachts ist nach kurzer Krankheit der städtische Oberarzt Dr. Edmund Jellinek im 74. Lebensjahre gestorben. Er war Assistent an der Klinik des Professors Dr. Schrötter und gehörte seit 1884 dem Wiener Stadtphysikate an, wo er seit dreissig Jahren bei den amtsärztlichen Untersuchungen der städtischen Angestellten und Bediensteten tätig war. Oberarzt Dr. Jellinek war ein stiller, bescheidener Mann, dessen tiefgründendes Wissen und strenge Rechtlichkeit ihm die Achtung und Anerkennung seiner Vorgesetzten und Kollegen sicherten. Die Einäscherung fand heute vormittag in der Feuerhalle der Stadt Wien statt.

Fahrverbot für Kraftfahrzeuge in der Lobau. Wie die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft mitteilt, wurde zur Vermeidung der Staubplage das Befahren aller Strassen und Wege in der Lobau mit Kraftfahrzeugen aller Art Sonntags untersagt, damit den Besuchern der Lobau die Freude an der schönen Natur nicht getrübt wird.

Entfallende Sprechstunde. Nächsten Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim städtischen Wirtschaftsreferenten Stadtrat Kokrda.

Freie Arztstelle im Entbindungsheim der Stadt Wien. Im Entbindungsheim der Stadt Wien (Brigittaspital) ist die Stelle eines Assistenzarztes zu besetzen. Die Bezüge betragen monatlich 375.-Schilling und erhöhen sich nach den ersten zwei Dienstjahren als Assistenzarzt einmal um 11 Schilling monatlich. Dazu kommt noch ein monatlicher Wohnungsgeldzuschuss von 22 1/4 Schilling, der im Falle einer Einräumung einer Dienstwohnung wieder zur Gänze als Entgelt für Beheizung, Beleuchtung und Bedienung abgezogen wird. Gesuche um diese Stelle, die mit den entsprechenden Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen zu belegen sind, müssen bis spätestens 5. Mai im Büro der Verwaltungsgruppe I, Wien I., Neues Rathaus, eingebracht werden.

Wien, am Montag, den 23. April 1928

Subventionen der Gemeinde Wien. Der städtische Finanzausschuss hielt heute eine Sitzung ab, in der wieder einige Subventionen beschlossen wurden. So beantragte Gemeinderat Hiess die Subventionierung des Arbeiterabstinertenbundes in Oesterreich mit fünfzehntausend Schilling. Der Arbeiterabstinertenbund leistet die notwendige Aufklärungsarbeit über die sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden des Alkoholismus... Eine seiner nächsten Aufgaben ist eine verstärkte Jugendaufklärung. Der Antrag wurde angenommen. Auf Antrag des Gemeinderates Professor Dr. Neubauer gewährte der städtische Finanzausschuss der Wiener Bibliophilen Gesellschaft eine Subvention von tausend Schilling. Die Gesellschaft besteht schon seit sechzehn Jahren und hat einige sehr bemerkenswerte Publikationen veröffentlicht. Auf Antrag des Gemeinderates Schaffanek wurde der Reichsverband der mit dem Lebensmittelkontrolldienst betrauten Gemeindebeamten Oesterreichs mit sechshundert Schilling subventioniert. Der Zweck dieses Verbandes ist die Vertrittung der gesamten Kollegenschaft in allen Fach-, Dienstes- und Standesfragen. Der Verband wird auch vom 20. bis 30. Mai dieses Jahres eine Marktkommissärstagung in Wien veranstalten. Schliesslich erhält der Bund enthaltamer Erzieher Oesterreichs, Landesgruppe Wien, eine Subvention von fünfhundert Schilling. Der Bund hat es sich zur Aufgabe gemacht, Studierende, die sich auf den Erzieherberuf vorbereiten, für die Alkoholabstinenz zu gewinnen.

Die Pariser Ausstellung für Wohnungswesen und Städtebau. Der Internationale Verband für Wohnungswesen und Städtebau veranstaltet anlässlich seines im Juli in Paris stattfindenden Kongresses eine Ausstellung für Wohnungswesen und Städtebau, die einen Teil der grossen Ausstellung für Wohlfahrtswesen bildet, die anfangs Juni eröffnet wird. Der städtische Finanzausschuss hat nun gestern die Beteiligung der Gemeinde Wien an dieser Ausstellung beschlossen. Die Gemeinde Wien wird graphische Darstellungen der Wohnverhältnisse von einst und jetzt sowie photographische Ansichten von neuen städtischen Wohnhausbauten ausstellen. Die Kosten der Beteiligung an der Ausstellung, die 4.500 Schilling betragen, wurden ebenfalls vom Finanzausschuss genehmigt.

Verschiebung der Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten. Bis auf weiteres findet die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner statt am Dienstag von 18 Uhr bis 21 Uhr am Mittwoch um die gleiche Zeit statt.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Rathauses findet morgen Dienstag um 18 Uhr eine allgemeine Führung statt.

Jubilare der Ehe. Vergangenen Samstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Julius Linder den Ehepaaren Johan und Antonia Nassner, Josef und Klothilde Schilling und Gottfried und Emilie Tutter anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Wien, am Dienstag, den 24. April 1928

Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum auf der Ausstellung "Frau und Kind". Die Gemeinde Wien hat das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum mit der Aufgabe betraut, auf der Ausstellung "Frau und Kind" eine knappe, leichtüberschaubare Uebersicht über die Fürsorgetätigkeit der Gemeinde Wien für Frau und Kind zu geben. Das Museum hat seit der Ausstellung "Wien und die Wiener" seine Darstellungsmethoden, vor allem auch seine graphische Technik weiter entwickelt und bringt mit seinen Scheerenschnitten, Linoldrucken, Photographien und mit seinen Entwürfen für neuartige Projektionen, die in Riesendimensionen an die Wand geworfen werden, nicht nur geistige Anregung und Aufklärung, sondern auch wirkliche Augenfreude. In allen Zweigen wird die Fürsorge für das Kind von der Wiege bis zur Berufsberatung, die den Eintritt ins Leben vermittelt, dargestellt. Ebenso werden auch die guten Erfolge der planmässigen Schulzahnpflege anschaulich vorgeführt. Der Stillpropaganda dient eine Statistik, die zeigen soll, dass das Kind einer armen, selbststillenden Mutter bessere Lebens^{chancen} hat, als das Kind einer wohlhabenden Mutter, das künstlich genährt wird. Auf einer grossen Tafel werden ferner alle dem amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler unterstehenden Einrichtungen des Wohlfahrtsamtes gezeit. Schliesslich stellt das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum auch eine Auswahl eigener Arbeiten aus den verschiedensten Gebieten aus.

Ein neuer Gemeindewohnhausbau in Hietzing. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat beschlossen, im Rahmen des Wohnbauprogrammes für das laufende Jahr einen Wohnhausbau in Hietzing, Cervantesgasse-Sebastian Kelchgasse, zu errichten. Der Wohnhausbau wird 17 Wohnungen mit Zimmer, Kabinett und Küche, fünf Wohnungen mit zwei Zimmer, Kabinett und Küche, elf Wohnungen mit Zimmer, zwei Kabinetten und Küche, acht Einzelzimmer und eine Werkstätte enthalten. Die Kosten der Wohnhausanlage, die nach einem Entwurf des Architekten Professor Dr. Karl Holey errichtet wird, betragen 580.000 Schilling.

Republikfeiern an den Wiener Fortbildungsschulen. Anlässlich der zehnten Wiederkehr der Republikgründung am 12. November werden auch die Wiener Fortbildungsschulen den Gründungstag der Republik Oesterreich würdig begehen. Es werden Feiern in den einzelnen Klassen und dort, wo grössere Versammlungsräume zur Verfügung stehen, Schulfeste abgehalten werden. Nach einer Weisung des Fortbildungsschulrates sollen die Schüler zu den festlichen Darbietungen in weitgehendem Masse herangezogen werden.

Wien während der Festwochen beflaggt. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat auf Vorschlag der Fremdenverkehrskommission auch heuer wieder die Beflaggung der elektrischen Lichtmaste während der Festwochen vom 3. bis 17. Juni verfügt. Neben den Fahnen Oesterreichs werden insbesondere die Farben jener Länder, aus denen im Vorjahre die meisten Fremden nach Wien kamen, angebracht werden. Von den elektrischen Lampenmasten werden also Fahnen in den Farben Amerikas, Deutschlands, Englands, der Tschechoslovakei, Frankreichs, Rumäniens, Bulgariens, der Schweiz, Schwedens, Norwegens, Hollands und Dänemarks wehen. Das Gremium der Wiener Kaufmannschaft, ferner das Gremium der Hoteliers und Fremdenbeherberger sowie der Detaillistenverband Oesterreichs haben ebenfalls ihren Mitgliedern empfohlen, ihre Betriebe während der Festwochen zu beflaggen.

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Favoriten findet am Freitag, den 27. April, um 16 Uhr statt. Die Bezirksvertretung Leopoldstadt tritt am Samstag, den 28. April, um 18 Uhr zusammen.

Wien, am Mittwoch, den 25. April 1928

.....

Empfang der Deutschen Staatsrechtslehrer im Rathaus. Bürgermeister Seitz hatte für gestern abends die Mitglieder der Tagung Deutscher Staatsrechtslehrer zu einer Festvorstellung des "Talisman" im Deutschen Volkstheater geladen und sie sodann im Rathaus empfangen. Er dankte den Gästen, dass sie Wien zu ihrem Tagungsort gewählt hatten, und begrüßte sie im Namen der Stadt. Wenn wir Wiener auch stets jeden Fremden willkommen heißen, so freuen wir uns ganz besonders, wenn Stammesbrüder aus dem Deutschen Reich zu uns kommen. Welche Tagung immer hier stattfindet und welchem Berufszweig die Betreffenden auch angehören, immer sind die deutschen Gäste uns gewissermaßen Vorboten einer schöneren Zukunft. Wir schauen da in eine Zeit, in der das deutsche Volk wieder seine Freiheit und Unabhängigkeit gewonnen haben wird, in der im Herzen Europas das ganze deutsche Volk einen Staat bilden und Hüter einer Kultur sein wird, die die ganze Welt mit ihrem Geist, ihrer Kunst und ihrer Wissenschaft befruchtet. Professor Dr. Thoma erwiderte in liebenswürdiger Weise auf die Begrüßung des Bürgermeisters. Dem Empfang wohnten auch der deutsche Gesandte Graf Lerchenfeld, der Präsident des Verfassungsgerichtshofes Vittorelli, die Professoren Dr. Kelsen und Dr. Hugelmann, die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die amtsführenden Stadträte Kokrda, Linder, Richter und Professor Dr. Tandler, die Präsidenten Glöckel, Hellmann und Zimmerl, viele Gemeinderäte und Magistratsdirektor Dr. Hartl mit den leitenden Beamten des Magistrates bei.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 120
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 25. April 1928. (Zweite Ausgabe)

.....
Eine grosse Festwochenaktion der Fremdenverkehrskommission. Bei der Fremdenverkehrskommission sind die Vorarbeiten für die Festwochen vom 3. bis 17. Juni in vollem Gange. Der allseits anerkannte Erfolg, den die Aktion "Wien wirbt für Wien" im Vorjahr hatte, hat die Fremdenverkehrskommission veranlasst, die Aktion heuer in vergrössertem Umfange durchzuführen. In den nächsten Tagen werden in den Wiener Strassen Aufrufe erscheinen, in denen die Fremdenverkehrskommission die Bevölkerung einladet, ihre auswärtigen Freunde und Bekannten auf die bevorstehenden Festwochen und damit auf Wien und Niederösterreich aufmerksam zu machen. Musik, Theater, bildende Kunst und Sport bereiten für die Festwochen zu Ehren der Gäste Darbietungen erlesener Art vor. Auch Wiens herrliche Umgebung, das liebliche Niederösterreich, wird die Gäste willkommen heissen. Da der Erfolg der vorjährigen Festwochen vor allem der emsigen Werbearbeit der heimischen Bevölkerung zu danken war, die damals zum erstenmal ihre persönlichen Beziehungen in den Dienst des Fremdenverkehrs gestellt hat, ergeht auch heuer wieder an alle Wiener und Wienerinnen der Ruf, ihre auswärtigen Verwandten, Freunde und Bekannten auf die Vorzüge und Schönheiten eines Aufenthaltes in Wien und Niederösterreich und insbesondere auf die Festwochen aufmerksam zu machen. Vom 1. Mai an sind in jeder Trafik vollkommen kostenlos Werbebriefe erhältlich, die zur Versendung an auswärtige Freunde bestimmt sind. Alle Wiener und Wienerinnen, die Werbebriefe an auswärtige Freunde verschicken, tragen dazu bei, dass Wien in aller Welt neue Freunde gewinnt und alte Bewunderer aufs neue anzieht. Die Werbebriefe sind mit hübschen Bildern geschmückt.

.....
Keine Sammlungen für die städtische Feuerwehr. Trotz wiederholter Verlautbarungen laufen beim Feuerwehrkommando der Gemeinde Wien immer wieder Klagen ein, dass Personen für Feuerwehrzwecke Gelder und andere Spenden einsammeln. Das Feuerwehrkommando macht nun neuerlich darauf aufmerksam, dass die städtische Feuerwehr mit diesen Sammlungen nichts zu tun hat. Eine Beitragsleistung für die Feuerwehr ist auch gar nicht notwendig, da die Kosten aller für das Feuerlöschwesen in Wien erforderlichen Anschaffungen von der Gemeindeverwaltung getragen werden.

.....
Die Modeveranstaltungen während der Festwochen. Im Programm der Wiener Festwochen sind heuer besonders zahlreiche Modeveranstaltungen vorgesehen. Am 6. Juni findet eine Modeschau im Stadtpark und 9. Juni eine in Schönbrunn statt. Im Schönbrunner Schlosshof veranstaltet am 12. Juni der Oesterreichische Automobilklub seinen Concours d' elegance, wobei die Bewertung nach Schönheit und Zweckmässigkeit der Linienführung der einzelnen Wagentypen angepassten Bekleidung der Insassen und des Lenkers erfolgt. Zum erstenmal wird auch ein Concours d' elegance für Autobusse abgehalten werden. Für das am 3. Juni stattfindende Derby, sowie für das Rennen um den grossen Preis von Oesterreich trifft die Modeindustrie bereits umfangreiche Vorarbeiten.

.....
Entfallende Sprechstunde. Nächsten Montag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat Linder.

Wien, am Mittwoch, den 25. April 1928 (Dritte Ausgabe)

Der Tod der kleinen Mathilde Stodolak. In den Berichten einzelner Wiener Zeitungen über die grauenhafte Misshandlung der fünfjährigen Mathilde Stodolak durch ihren Stiefvater wurde die Frage aufgeworfen, wie es denn möglich sein konnte, dass sich das Jugendamt der Stadt Wien nicht schon früher um dieses Kind gekümmert habe. Um irrtümliche Auffassungen über die tatsächlichen Vorkommnisse aufzuklären, wird vom städtischen Wohlfahrtsamt festgestellt: Die fünfjährige Mathilde wurde als uneheliches Kind der Stiefmutter der Kindesmutter gegen Pflegegeld als sogenanntes magistratisches Kostkind in Pflege gegeben. Die Pflege wurde dort wie in allen anderen Fällen genau überwacht. Zu irgendeiner Klage war keine Veranlassung. In der Zwischenzeit hat die Mutter der kleinen Mathilde den Johann Halaska geheiratet und verlangte nun unter Drohungen gegen ihre Stiefmutter die sofortige Rückgabe ihres Kindes. Durch Vermittlung der Kinderübernahmestelle und des Jugendamtes wurde dann Mathilde nach genauen Recherchen ihrer Mutter übergeben, da keine Veranlassung bestand, der Mutter das eigene Kind vorzuenthalten. Mathilde wurde ihrer Mutter am 4. Juli 1927 übergeben. Seitdem wurde das Kind der städtischen Mutterberatung regelmässig zugeführt, ohne dass dabei ein besonderer Grund zum Einschreiten gefunden wurde. Da der nunmehrige Stiefvater der Mathilde arbeitslos war, wurde auch für das Kind ein Pflegebeitrag bewilligt und auf die Klage der Mutter, dass sie für ihr Kind nicht genügende Kleidung habe, der Mutter für Mathilde Kleider ausgefolgt. Da verschiedene Verdachtsgründe vorlagen, dass die Pflege des Kindes keine tadellose sei, wurde vom Jugendamt eine besondere Überwachung der Pflege der kleinen Mathilde angeordnet. Seit 4. Juli des Vorjahres wurde das Kind nachweisbar zehnmal in der Wohnung besucht. Da das Kind bei den Untersuchungen durch den Jugendarzt und durch die Fürsorgerin Merkmale aufwies, die den Verdacht einer schweren Misshandlung hervorriefen, wurde die polizeiliche Anzeige erstattet. Das polizeiärztliche Gutachten ging dahin, dass eine Überschreitung des Züchtigungsrechtes nicht feststellbar sei. Auf Anzeigen von Nachbarn wie auch auf neuerliche Anzeigen wurden diese polizeiärztlichen Untersuchungen wiederholt. Die letzte Untersuchung fand am 23. März dieses Jahres statt. Auch diesmal lautete das polizeiärztliche Gutachten, dass es sich wohl um ein äusserst schwaches Kind handelt, dass aber unzweideutige Zeichen einer Misshandlung nicht nachweisbar seien. Das Jugendamt war daher auf Grund dieses Befundes nicht imstande, beim Jugendgericht den Antrag zu stellen, die Abnahme des Kindes auch gegen den Willen der Eltern vorzunehmen. Die Fürsorgerin bemühte sich, die kleine Mathilde in einem Kindergarten unterzubringen, die Mutter versprach es auch, ohne aber das Versprechen zu halten. Halaska wurde sowohl von der Fürsorgerin, als auch von den Nachbarn als ein dem Trunke ergebener, gewaltätiger Mensch bezeichnet. Trotzdem war es nach den geltenden Gesetzen nicht möglich, eine zwangsweise Abnahme des Kindes zu verfügen. Das Jugendamt der Stadt Wien hat seine Pflicht getan, doch genügen die vorhandenen Gesetze nicht, solche traurige Fälle zu verhindern.

Herausgeber und verantw. Redakteur: 122
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 26. April 1928

Die Schubertfeier der Gemeinde Wien. Die Schubertzentenerfeier der Stadt Wien, die schon im Mai und Juni ihren Anfang nimmt, erreicht ihren Höhepunkt in den Festlichkeiten vom 17. bis 19. November. Für den 17. November ist eine Huldigung vor dem Schubertdenkmal im Stadtpark vorgesehen. Im Anschluss daran wird der Schubertbrunnen in der Liechtensteinstrasse-Alserbachstrasse enthüllt. Am Vorabend des Todestages Franz Schuberts wird die Bläservereinigung der Bundestheater Schubertwerke als Turmmusik vortragen und das Rathaus wird festlich beleuchtet sein. Am 19. November, dem Todestag Schuberts, findet eine Huldigung am Grabe Schuberts statt, bei der Bürgermeister Seitz namens der Stadt Wien einen Kranz niederlegen wird. Nachmittags werden im Sterbezimmer Franz Schuberts vom Wiener Schubertbund und vom Wiener Männergesangsverein Trauerchöre zur Aufführung gebracht. Bürgermeister Seitz hat nun die Bürgermeister von 25 deutschen Städten, die mehr als 200.000 Einwohner haben, eingeladen, an den Schubertfeierlichkeiten der Stadt Wien vom 17. bis 19. November als Ehrengäste der Stadt Wien offiziell teilzunehmen.

Abweisung einer Wohnbausteuerbeschwerde durch den Verwaltungsgerichtshof. In der Hauszinssteuererklärung für das Jahr 1914 ist der I. Stock des Hauses, IX., Nussdorferstrasse 14, als eine einzige Wohnung und in der Wohnbausteuererklärung für das Jahr 1923 ist als Inhaber aller Räumlichkeiten des I. Stockwerkes dieses Hauses Israel F. einbekannt. Als im April und im November 1924 die Steuersätze der Wohnbausteuer erhöht wurden, zeigte Israel F. dem Magistrat an, er habe nunmehr 4 Zimmer, Kabinett und Vorzimmer an seinen Schwiegersohn und weitere 5 Zimmer mit Nebenräumen an einen Verein vermietet, und verlangte die Trennung des einen Steuerobjektes auf drei Teile. Der Magistrat und die Beschwerdekommision haben dieses Ansuchen abgewiesen, weil weder die an den Schwiegersohn noch die dem Verein vermieteten Räumlichkeiten selbstständige Mietobjekte seien; es handle sich vielmehr um die Vermietung von Teilen einer vom Hauseigentümer selbst benützten Wohnung. Der Verwaltungsgerichtshof hat die dagegen ergriffene Beschwerde

als unbegründet abgewiesen. Es steht fest, sagte der Gerichtshof in seiner Begründung, dass der Beschwerdeführer in seinem Haus die Wohnung Nr. 11, und zwar alle Räumlichkeiten, selbst benützt und nachher Teile dieser Wohnung anderweitig vermietet hat. Dies bilde in völlig klarer Weise den Tatbestand des Paragraph 2, Absatz 4 des Wohnbausteuergesetzes. Er ist genau so zu beurteilen, als ob eine Untervermietung vorläge. Im Falle der Untermiete entsteht in Betreff der Räume, die vom Untermieter benützt werden, kein neues Steuerobjekt. Nur ist der Vermieter berechtigt, sich die auf die vermieteten Räumlichkeiten verhältnismässig entfallende Steuer ersetzen zu lassen. Paragraph 2, Absatz 6, den die Beschwerde heranzieht, fand auf den Beschwerdeführer vorher Anwendung, als er die Wohnung selbst benützte. Nunmehr findet nur Paragraph 2, Absatz 4 Anwendung und als Steuerobjekt ist die ganze Reihe von Zimmern des ersten Stockes anzusehen.

Die Beschwerdekommision war bei dieser Verhandlung durch Senatsrat Dr. Franz Urban vertreten.

Tschechische Gäste im Rathaus. Der Pädagogische Verband des Zentrallehrervereines in Mähren hat eine Studienreise nach Wien unternommen, an der gegen 60 Mitglieder teilnehmen. Die Gäste, die vergangenen Sonntag nach Wien gekommen sind und bis Montag hier bleiben, studieren die Wiener Schulreform. Sie wurden heute von Vizebürgermeister Emmerling im Stadtsenatssitzungssaale des Rathauses empfangen, der die Gäste in Wien herzlich willkommen hiess. Universitätsdozent Dr. Uher (Brünn) dankte im Namen der Gäste für den herzlichen Empfang und insbesondere dafür, dass ihnen die Wiener Stadtverwaltung Gelegenheit geboten hat, die Wiener Schulverhältnisse an Ort und Stelle studieren zu können. Dem Empfang wohnten der tschechische Gesandte Vavrečka, Präsident Glöckel, Vizebürgermeister Hoss, Präsident Hellmann und die Gemeinderäte Hartmann, Höpeller, Machat und Vavrousek bei.

Neue Kindergartenabteilungen. Der gemeinderätliche Wohlfahrtsausschuss hat auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler beschlossen den bisher dreiabteiligen Kindergarten in der Obkirchnergasse und den bisher fünf abteiligen Kindergarten in der Bunsengasse um je eine neue Abteilung zu erweitern.

Tagung der Marktkommissäre in Wien. Der Reichsverband der mit dem Lebensmittelkontrolldienst betrauten Gemeindebeamten Oesterreichs veranstaltet vom 3. bis 6. Juni eine Tagung der Marktkommissäre Oesterreichs in Wien. Für die Tagung ist eine Anzahl hochaktueller Fachreferate sowie eine Reihe von Besichtigungen interessanter Marktobjekte und Approvisionierungseinrichtungen in Aussicht genommen. Anmeldungen werden an das Marktamt der Stadt Wien, I., Rathausstrasse 14 - 16, erbeten.

Bezirksvertretung Brigittenau. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau findet am Donnerstag, den 10. Mai, um 19 Uhr statt.

Eine Blutgruppenuntersuchungs- und Evidenzhaltungsstelle im Gesundheitsamt der Stadt Wien. Mit Rücksicht auf die grosse Bedeutung, die der Blutübertragung heute bereits zukommt, die aber nur dann von segensreicher Wirkung ist, wenn der Kranke und der Blutspender bestimmten Blutgruppen angehören, hat der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen die Errichtung einer eigenen Blutgruppenuntersuchungsstelle beschlossen. Ihr Zweck ist die Untersuchung der Blutspender, die Registrierung der Spender nach Blutgruppen und die Evidenzhaltung der Blutspender, um im Bedarfsfalle sofort und mit Sicherheit die notwendige Blutspende vermitteln zu können. Es wird erwartet, dass schon in absehbarer Zeit ein Kataster von vielen Blutspendern, nach Blutgruppen gesondert, zur Verfügung stehen wird. Die Blutgruppenuntersuchungsstelle erscheint auch schon mit Rücksicht auf die grosse Zahl der Gemeindeangestellten, die in den Betrieben und Unternehmungen in einem Blutspendendienst stehen, der besondere Gefahrsmomente aufweist, für notwendig.

Die Gebühren für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch. Für die Zeit vom 1. bis 31. Mai beträgt die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch 1'68 Schilling. Die gleiche Grundgebühr wird für die tierärztliche Untersuchung von Tieren, die in Eisenbahn- und Schiffsstationen Wiens ein- und ausgeladen werden, eingehoben.

Wien, am Freitag, den 27. April 1928

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 27. April 1928

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. An Stelle des Nationalrates Doppler ist Gemeinderat Josef Heinrich erschienen und leistet die Angekündigte. Der Gemeinderat tritt dann sofort in die Verhandlungen über die Tagesordnung, die 25 Geschäftsstücke umfasst, ein. Zunächst wird eine Reihe von Anträgen ohne Debatte genehmigt. So werden die Subventionen für die Wiener Bibliophile Gesellschaft im Ausmass von tausend Schilling und für den Reichsverband der mit dem Lebensmittelkontrolldienst betrauten Gemeindebeamten Oesterreichs im Ausmass von sechshundert Schilling genehmigt. Ohne Debatte wurden auch der Ankauf einer Liegenschaft in der Diefenbachgasse, die Regelung der Bezüge der Feuerwehrgestalten und Abänderungen des Generalregulierungsplanes beschlossen.

Vizebgm. Emmerling referiert über die Golderöffnungsbilanzen der städtischen Gaswerke, der Elektrizitätswerke, der Ueberlandzentrale und der Braunkohlenbergbauergewerkschaft Zillingdorf. Zunächst weist Vizebgm. Emmerling darauf hin, dass es erst jetzt möglich war die Golderöffnungsbilanzen der städtischen Unternehmungen vorzulegen, da die Steuerbemessung seitens des Bundes erst vor einigen Wochen erfolgt ist und es vor dieser Steuerbemessung an den notwendigen Unterlagen für die Golderöffnungsbilanzen gefehlt hat. Bei diesen Bilanzen wurden im Rahmen der gesetzlichen Bewertungsvorschriften vorgegangen und auch die im Gesetz vorgeschriebene kaufmännische Vorsicht eingehalten. Es war nicht leicht die Golderöffnungsbilanzen aufzustellen nach der Zeit der Geldentwertung in der immer wieder verschiedene Kronenwerte gebucht werden mussten. Wenn die Bilanzen erst heute vorgelegt werden, so ist das insofern ein Vorteil, als wir uns die Erfahrungen die die grossen Unternehmungen bei Aufstellung ihrer Golderöffnungsbilanzen in den letzten Jahren hatten, zu nutze machen konnten. Schon nach dem Gesetz ist eine zu hohe Bewertung unzulässig, sie ist aber auch im Interesse der Führung des Geschäftes nicht geboten. Ebenso würde eine zu geringe Bewertung es unmöglich machen, die nötigen Rücklagen zu schaffen. Es musste also der richtige Mittelweg gefunden werden. Wir haben zunächst den Wiederbeschaffungswert ermittelt und nach diesem Wert alle Abstriche vorgenommen, die ohne Störung des Geschäftes vorgenommen werden können. Von dem ermittelten Wert wurden dann nicht 100 Prozent, sondern nur ungefähr 70 Prozent als Grundlage für den Wert der Anlagen genommen, wobei natürlich bei den Baulichkeiten ein anderer Massstab angelegt wurde als bei den Maschinen. Bei Buchforderungen wurde im weitesten Masse auf die Eindringlichkeit Rücksicht genommen. Da nach dem Gesetze Reserven, die wir im Laufe der letzten Jahre haben schaffen müssen aufzulassen gezwungen waren mussten wir Umstellungen in der Bilanz vornehmen die sich darin ausdrücken, dass vom 31. Dezember 1924 auf den 1. Jänner 1925 die einzelnen Konti unterschiedlich behandelt werden.

Die Golderöffnungsbilanz der städtischen Elektrizitätswerke zeigt ein Unternehmerkapital von rund 100 Millionen Schilling gegenüber einem Anlagekapital von rund 103 Millionen Goldkronen im Jahre 1923. Die städtischen Gaswerke ein solches von rund 116'7 Millionen Schilling gegenüber 107'5 Millionen Goldkronen im Jahre 1913, eine Verminderung

die sich durch die ^{vorhin gekennzeichnete} Art der Bewertung ^{erklärt}. Dagegen besitzen die städtischen Strassenbahnen nach der Golderöffnungsbilanz ein Unternehmerkapital von rund 108 Millionen Schilling gegenüber einem Anlagekapital von rund 180 Millionen Goldkronen per Ende 1913, eine Verminderung die hauptsächlich auf die endgiltige Abschreibung des Konzessionswertes in der Golderöffnungsbilanz zurückzuführen ist. Auch konnten bei der Strassenbahn in der Kriggs- und Nachkriegszeit nicht jene Erneuerungen wie bei den Gas- und Elektrizitätswerken vorgenommen werden. Vizebgm. Emmerling bespricht sodann eingehend die Schlussbilanzen der einzelnen Unternehmungen und stellt mit Befriedigung fest, dass beim städtischen Elektrizitätswerk von Jahr zu Jahr ein ständiger Aufschwung zu verzeichnen ist. Der immer mehr steigende Stromverbrauch zwang dazu die Anlagen immer mehr auszubauen. Die eigenen Mittel betragen beim Elektrizitätswerk 74, die fremden Mittel 26 Prozent, was ein ^{ausserordentlich} günstiges Verhältnis ist. Einen ähnlich günstigen Aufschwung nahmen auch die städtischen Gaswerke. Bei diesem Unternehmen ist das Verhältnis der eigenen Mittel zu ^{den} fremden 91 zu neun Prozent, also noch günstiger als beim Elektrizitätswerk. Dagegen weist die Bilanz der städtischen Strassenbahnen per 31. Dezember 1925 einen Gebarungsabgang von etwa 3'3 Millionen Schilling aus. Die Einnahmen haben sich im Jahre 1925 gegenüber 1924 um 28 Prozent, die Ausgaben um 29 Prozent erhöht. Dabei muss in Betracht gezogen werden, dass bei der Strassenbahn stärkere Abschreibungen notwendig sind, da Gleiserneuerungen und sonstige Verbesserungen nicht aus dem Anlagekapital bestritten werden können. Es ist bemängelt worden, dass die Abschreibung von 9'6 Millionen Schilling zu hoch sei und man hat behauptet, dass ohne diese Abschreibung die Strassenbahnen einen Abgang nicht hätten. Dass ist nicht richtig, denn selbst wenn keine Abschreibungen gemacht würden, was unmöglich ist, so bliebe ein Betrag übrig, der tarifarisch nicht untergebracht werden könnte. Die eigenen Mittel bei der Strassenbahn betragen 67'8, die fremden 32'2 Prozent, was eine Erklärung in den Abgängen findet. Die Bilanz der städtischen Strassenbahnen per 1926 weist wieder einen Gebarungsabgang aus. In diesem Jahre sind allerdings entsprechende Abschreibungen vorgenommen worden. Zu berücksichtigen ist vor allem, dass bei der Strassenbahn die Personalauslagen mit achtzig Prozent die entscheidende Post sind. Abschliessend stellt Vizebgm. Emmerling fest, dass die städtischen Unternehmungen eine günstige Entwicklung genommen haben mit Ausnahme der Strassenbahnen, wo in diesem Jahre versucht werden soll, durch Automobilisierung ganz neue Wege zu betreten. Im Investitionsprogramm ist die Entwicklung und der Ausbau der Werke für die nächsten Jahre vorgesehen und wir glauben daher zu der Erwartung berechtigt zu sein, dass die städtischen Unternehmungen auch in Zukunft dem Wirtschaftsleben und der Allgemeinheit wertvolle Dienste leisten werden. Der Berichterstatter ersucht um Annahme der gestellten Anträge.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit.)

GR. Zimmerl (E. L.) erinnert an seinen bei Beratung des Organisationsstatutes der städtischen Unternehmungen gestellten Antrag, dass dem Gemeinderat die zur Prüfung der Bilanzen notwendigen Unterlagen vorgelegt werden. Dieser Antrag ist abgelehnt worden und zwar wissen wir heute auch den Grund, weil nämlich Ihre Bilanzen eine Prüfung nicht vertragen (Zustimmung bei der E. L.) Schon was die formelle Erstellung der Rechnungsabschlüsse anlangt, zeigt sich darin die bewusste Absicht, dem Gemeinderat so wenig Ziffern wie möglich in die Hand zu geben. Dazu kommt, dass die Kontierung bei jedem einzelnen Unternehmen von Jahr zu Jahr geringer wird, so dass es an Vergleichsmöglichkeiten mit den Bilanzen früherer Jahre fehlt.

Es wird nicht einmal bekanntgegeben, was an Steuern und Abgaben von den Unternehmungen gezahlt worden ist. Man muss da unwillkürlich daran erinnern, wie übersichtlich und ehrlich unter der christlichsozialen Verwaltung bilanziert wurde. Wir haben wiederholt erklärt, dass die Steuervorschreibungen mit der Erstellung der Bilanz gar nichts zu tun haben. In den privaten Betrieben hat man sich damit geholfen, dass man entsprechende Beträge eingesetzt hat, um die Bilanz aufstellen zu können. Nun liegt heute der Rechnungsabschluss für die Jahre 1925 und 1926 vor, wobei gleichfalls die Steuern noch nicht vorgeschrieben sind, sodass Ihre Ausrede unstichhältig ist. Auch die Ermittlung der Anlagewerte ist ganz eigenartig erfolgt. Das Kontrollamt hat festgestellt, dass bei dem Studium zahlreicher Bilanzen von grossen privaten Unternehmungen ein Vorkriegswert von sechzig bis siebenzig Prozent ermittelt wurde. Bei den städtischen Unternehmungen schwankt der Vorkriegswert in der Bilanz zwischen 37 bis 57 Prozent. Sie müssen sich also den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie fünfzig Prozent des Vorkriegswertes der Unternehmungen seit Ihrer Herrschaft beim städtischen Gaswerk "verschustert" haben. Sie haben den Schuldenstand

künstlich um zwölf Millionen Schilling erhöht, um den Gewinn nicht einbekennen zu müssen. In Tirol hat vor längerer Zeit eine Genossenschaft "blinde" Fakturen eingebracht, um den richtigen Gewinn nicht einbekennen zu müssen. Gegen die verantwortlichen Funktionäre dieser Genossenschaft soll die strafgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden sein. Beim städtischen Gaswerk unterscheidet sich das, was sich in Tirol ereignet hat, in gar keiner Weise. (Lebhafter Beifall). Beim Elektrizitätswerk wurde das Bilanzergebnis für das Jahr 1924 absichtlich und bewusst um vier Millionen Schilling schlechter erstellt. Noch ärger ist das bei der Strassenbahn. Da zeigt sich nun, dass die Berichte über die Tarifierhöhung falsch und eine Trübsung der Bevölkerung waren. In Wirklichkeit haben die drei grossen Unternehmungen stille Reserven von 20 1/2 Millionen Schilling, also um diesen Betrag im Jahre 1924 weniger Gewinn ausgewiesen. Ab die Sozialdemokraten die Stadtverwaltung übernahmen, haben sie versprochen, dass aus den städtischen Unternehmungen absolut keine Gewinne gezogen werden dürfen. Wie ist das in der Praxis? Die Gas- und Elektrizitätswerke haben seinerzeit 5 1/2 Millionen Schilling Vorauszahlungen eingehoben. Das war eine Art Zwangsanleihe, die nicht verzinst wird. Bei einer sechsprozentigen Verzinsung ergibt sich ein Gewinn von dreihunderttausend Schilling. Die Unternehmungen haben zusammen im Jahre 1924 rund fünf Millionen Schilling Fürsorgeabgabe gezahlt, mit dem Kabelzins der Elektrizitätswerke an die Gemeindekasse erhöht sich dieser Betrag auf 7,650.000 Schilling. Im Jahre 1924 wurden auch namhafte Inrestitionen aus Betriebsmitteln gemacht. Die genaue Summe kann nicht ermittelt werden, doch ist sie mit dreissig Millionen sicher viel zu niedrig angenommen. Wie schon erwähnt betragen die stillen Reserven rund zwanzig Millionen. Rechnet man den Abgang der Strassenbahn von zwei Millionen ab, so ergeben sich achtzehn Millionen. Diese stille Reserve haben Sie jetzt in das Unternehmerkapital eingebaut. Im Jahre 1924 haben die städtischen Unternehmungen an die Gemeindekasse auf diese Art 50 3/4 Millionen Schilling Gewinn abgeführt. Im Jahre 1913 betrug die Abfuhr nur 26 Millionen Schilling. Sie haben also in einem Jahr mehr als das Doppelte aus den Unternehmungen herausgezogen. Die Christlichsozialen haben das ehrlich und offen gemacht. Jedermann konnte es kontrollieren. Sie machen es aber auf Schleichwegen (Lebhafter Beifall). Schamloser hat noch keine öffentliche Verwaltung die Bevölkerung belogen. Unter der christlichsozialen Verwaltung wurde jede Abschreibung vor aller Öffentlichkeit gemacht. In

diesem Gemeinderat hat man davon noch nie etwas gehört. Ich habe die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1913 mitgebracht und stelle sie den Mitgliedern der Mehrheit zur Verfügung. Beim Studium wird sie ein Grauen erfassen, weil sie ersehen, wie weit jetzt die sogenannte Demokratisierung der Verwaltung gekommen ist. Dass sind keine "frisierten" Bilanzen mehr, Sie haben den Bilanzen die Haare ausgerissen und ihnen Perücken aufgesetzt. Sie huldigen den Methoden, die die Kartellratte und die grossen Finanzmagnaten, die auch wir als Auswüchse der privatkapitalistischen Ordnung bekämpfen, anwenden würden. Diese Leute aber heute eine Organisation haben, der Herr Vizebürgermeister Emmerling wäre würdig, Ehrenmitglied in dieser Organisation zu sein (Lebhafter Beifall). Wie Sie die Verwaltung der Unternehmungen führen, ist nicht Dienst für das Volk, sondern Betrug am Volk. In den Jahren 1925 und 1926 beginnen Sie mit einem neuen System, mit dem nicht rechtfertigenden Abschreibungen. Unter der christlichsozialen Herrschaft wurden ebenfalls Abschreibungen vorgenommen. Damals war aber die Quote nur drei Prozent und nicht sechs Prozent, wie heute. Die Abschreibungsquote bei den städtischen Strassenbahnen zum Beispiel betrug im Jahre 1913 1 7/5 Prozent, 1925 aber 7 1/5 Prozent und 1926 gar schon 9 8/10 Prozent. Das heisst, dass in 14 Jahren alles auf Null abgeschrieben sein wird. Sie sollen bei diesen Abschreibungen nicht an den Heiligenstädter- und Hagenmüllerbau denken. (Lebhafter Zustimmung bei der Minderheit). Sie arbeiten bei der Bilanzierung bewusst auf Verluste hin, um Tarifierhöhungen vorzubereiten. Wenn man sich solche Tatsachen vor Augen hält, muss man sich die Frage vorlegen, was das Kontrollamt macht. Wir haben gestern den Kontrollamtsbericht bekommen. Es heisst, dass alles in Ordnung ist. Das Kontrollamt schafft sich für seinen Bericht eine verfassungsmässige Deckung, in dem es am Schluss seines Berichtes schreibt: Die Prüfung der Bilanzen der angeführten städtischen Unternehmungen stellt das Endglied der bei diesen Unternehmungen laufend ausgeübten h. ä. Kontrolle in formeller, organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht dar. Die in Ausübung dieser Kontrolltätigkeit gestellten h. ä. Anträge und Anregungen haben ihre Erledigung gefunden. Wenn hier im Saale lauter pflichtbewusste Gemeinderäte wären, müssten folgende Anträge einstimmig angenommen werden, erstens, die Bilanzen nicht zu genehmigen, zweitens den amtsführenden Stadtrat Emmerling die schärfste Missbilligung auszusprechen und drittens das Kontrollamt aufzulösen und mit der Kontrolle des Landes und der Gemeinde Wien den Obersten Rechnungshof zu betrauen. Wir weisen schon die Zumutung, die an uns gestellt wurde, die Bilanzen zu genehmigen, mit aller Entschiedenheit ab. (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

GR. Schelz (E. L.) erklärt, dass bis heute dem Gemeinderat erzählt wurde, dass die Steuerbehörde an der Verzögerung der Rechnungslegung und der Aufstellung der Goldbilanzen schuld sei. Jetzt erfahren wir auf einmal, dass Sie von anderen grossen Unternehmungen lernen wollten. Während die Bilanzen der früheren Rathausmehrheit wahre Muster waren, sind Ihre Bilanzen voll von Posten, die eine unter der anderen geschoben ist. Der Redner spricht dann über die Abschreibungen und wendet sich dann der Besprechung der Abrechnung der Stadtbahn zu. Sie haben dem Gemeinderat Ende 1925 eine Abrechnung vorgelegt. Sie enthielt vier Ziffern. Die jetzige Abrechnung enthält etwas mehr, nämlich zwölf Posten. Sie posaunen jetzt aus, dass sie beim Bau der Stadtbahn die Summe von 18 Millionen nicht verbraucht und 500.000 Schilling erspart haben. Wie sehen aber diese Ersparungen aus? Herstellungen, die vor drei Jahren gemacht wurden, müssen heute schon umfassenden Reparaturen unterzogen werden. So kosten im Bahnhof Heiligenstadt die Pflasterung und die aus

wechslung von Geläisen nicht weniger als 250.000 Schilling. Das sind Ihre Ersparnisse. Es muss wohl als eine gewissenlose Wirtschaft bezeichnet werden, wenn bei Herstellungen, die vor drei Jahren gemacht wurden, jetzt derartige Reparaturen gemacht werden müssen. Auch die Leistungen der Hauptwerkstätte gehen zurück. 1924 ^{passierten} noch 4800 Wagen die Hauptwerkstätte, 1925 schon um 52 Wagen weniger und 1926 sogar um 476 Wagen weniger. Das heisst, dass die Leistungen der Hauptwerkstätte zurückgehen. Trotzdem aber verlangt die Hauptwerkstätte jedes Vierteljahr grosse Beträge für die Ausgestaltung. Gemeinderat Schelz spricht dann über die seinerzeitigen Vorauszahlungen für Gas und elektrischen Strom. Sie haben damals der Bevölkerung 5 1/2 Millionen als Zwangsanleihe abgeklopft und heute denken Sie an keine Rückzahlung. Sie weisen auch die Vorauszahlungen nicht in den Bilanzen aus. Ihre Rechnungslegung in den Bilanzen überhaupt ist ein Betrug an der Bevölkerung (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Haider (E.L.) beschäftigt sich in ausführlicher Weise mit dem Betrieb der städtischen Strassenbahnen. Er bemängelt, dass Lohn- und Gehaltsverträge nur mit der sozialdemokratischen Arbeitnehmerorganisation abgeschlossen werden. Das ist undemokratisch. Beim Bund arbeiten alle Organisationen an dem Abschluss eines Lohn- oder Gehaltsvertrages mit. Ferner bemängelt der Redner, dass für den natürlichen Abgang kein Ersatz an Personal geschaffen wird, sondern dass man diesen Abgang durch Verwaltungsreformen wett zu machen versucht. Das ist ein rein bourgeoiser Standpunkt. Er wendet sich sodann in entschiedener Weise gegen die Behauptung der Strassenbahndirektion, dass die Leistungen des Strassenbahnpersonals geringer geworden seien. Aus der Gegenüberstellung der Kilometerleistung und der Zahl des Personals ergibt sich, dass kein Strassenbahnbediensteter im Jahre 1925 91.681, im Jahre 1926 dagegen über 181.000 Kilometer leisten musste. Das heisst, Sie schinden das Personal rücksichtslos aus.

Zum Schlusse ersucht der Redner den Referenten, das Personal in Zukunft objektiver und demokratischer zu behandeln als bisher. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Daffinger (E.L.) bemerkt, heute sei der alte Schwindel der Mehrheit, dass die städtischen Unternehmungen nichts tragen, aufgedeckt worden. Tatsache ist, dass die städtischen Unternehmungen schwer verdienen. Im Gegensatz dazu steht das Verhalten der Mehrheit den Bediensteten gegenüber. Hier praktiziert man das undemokratische und verwerfliche System des Handelns. Man bietet den Bediensteten materielle Vorteile, nimmt ihnen aber viel mehr von ihren Rechten weg. Wenn die Sozialdemokraten Verwalter von Unternehmungen werden, sind sie ärger als die ärgsten Grosskapitalisten. (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Wir müssen mit aller Entschiedenheit verlangen, dass den Unfällen, die sich in der letzten Zeit so gehäuft haben, mit allen Mitteln entgegen gearbeitet wird. Wenn man aber den Strassenbahndirektor/die grosse Zahl der Unfälle hinweist, so bringt er die Zahl der Unfälle mit der Zahl der Bremsungen in Verbindung, als ob es sich bei den Unfällen nicht um Menschenleben handelte. Und wenn man den Gasdirektor auf die Gasunfälle aufmerksam macht, antwortet er darauf, ihm stinkt die Gas noch immer gnaa! (Lebhaftes Heiterkeit bei der Minderheit). Angesichts der kolossalen Gewinne der Unternehmungen müssen in Zukunft die Wünsche der Konsumenten viel mehr berücksichtigt werden als bisher. Ebenso werden wir es nicht zulassen, dass bei den städtischen Unternehmungen nur Leute Ihrer Gesinnung angestellt werden. Sie werden sich in Zukunft nicht mehr, wenn die Bediensteten der Unternehmungen Forderungen aufstellen, darauf berufen können, dass die Unternehmungen nichts tragen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Vizebgm. Emmerling weist in seinem Schlussworte zunächst auf den Widerspruch in den Ausführungen des Gemeinderates Zimmerl hin, der zuerst erklärt habe, die Unternehmungen hätte 50 Prozent ihrer Werte eingebüsst, während er später zugeben musste, dass aus Betriebsmitteln und anderen Rücklagen so viele innere Werte geschaffen wurden. In der Beurteilung der Ziffern der Bilanz des Jahres 1924 und der Eröffnungsbilanz 1925 des städtischen Elektrizitätswerkes sind dem Gemeinderat Zimmerl auch Irrtümer unterlaufen. Die einzige Differenz ergibt sich bei den Kursdifferenzen und zwar mit einem Betrage von 7985 Schilling, der bei einem Gesamtbetrag von mehr als zwölf Millionen der Kabelzins Schilling gar keine Rolle spielt. Wenn bemängelt wurde, so hat das Elektrizitätswerk immer Kabelzins bezahlen müssen und wenn Sie von Steuern sprechen, so müssen auch die Elektrizitätswerke in den anderen Städten Fürsorgeabgabe bezahlen. Sie sprechen davon, dass früher die Abschreibungen geringer gewesen sind und berufen sich mit Absicht nur auf die Strassenbahn. Allerdings vergessen Sie dabei, dass bei der Strassenbahn ein Erneuerungsfonds also auch eine Art Abschreibung bestand, der in den letzten Friedensjahren gegen vier Millionen Goldkronen ausgemacht hat. Und ebenso vergessen Sie, dass mit den Erträgen der Strassenbahn Ausgaben der Hoheitsverwaltung bestritten wurden. Beim Elektrizitätswerk haben Sie eine durchschnittliche Abschreibung von sechs Prozent gehabt. Hätten Sie seinerzeit höhere Abschreibungsquoten vorgeesehen, hätten wir es nicht notwendig, jetzt Ordnung zu machen. Sie haben seinerzeit obwohl Sie Überschüsse bei der Strassenbahn hatten, Tarifierhöhungen vorgenommen, während wir den Tarif nur dann erhöhen, wenn es unbedingt nötig ist. Wenn wir bei den Gebäuden 2 ein halb Prozent bei den Riegelwandbauten 5 Prozent, bei den Gleisanlagen 5 ein halb Prozent, bei den Stromführungsanlagen 6 Prozent, bei den Anhängewagen und Motoren 4 Prozent, bei den automobilisierten Fahrzeugen, bei den Maschinen- und Büroeinrichtungen 10 Prozent abschreiben, so ist das gewiss nicht zu hoch. Wenn sich die Abschreibung vielleicht etwas höher ausdrückt, so vielleicht deshalb, weil bei der Stadtbahn eine ganz andere Tilgung vorgenommen werden muss. Vizebgm. Emmerling befasst sich sodann mit den Bemerkungen des Gemeinderates Haider über die angebliche Steigerung der Leistung des Personals und verweist darauf, dass Gemeinderat Haider bei seiner Berechnung die Stadtbahn ganz vergessen habe, sodass diese Berechnung nicht zutreffend sei. Er bittet schliesslich, die Golderöffnungsbilanzen der städtischen Gaswerke, Elektrizitätswerke und Strassenbahnen per 1. Jänner 1925 sowie die Bilanzen dieser Unternehmungen für die Geschäftsjahre 1925 und 1926 sowie die Bilanzen der Überlandzentrale und der Braunkohlenbergbauergewerkschaft Zillingdorf für das Jahr 1926 zu genehmigen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

GR. Michal (soz. dem.) referiert sodann über den Antrag, die Durchführung Gleisanlagen und Stossverstärkungen mit einem Nachtragskredit von zwei Millionen Schilling für die Strassenbahn und von 225.000 Schilling für die Stadtbahn zu genehmigen.

GR. Schelz (E.L.) bemängelt, dass die Voranschläge der Strassenbahn unzulänglich sind. Auch die Beträge, die heute verlangt werden sind unzulänglich, um eine Besserung der Geleise herbeizuführen. Insgesamt gibt es 560 Kilometer Hauptgeleise, davon werden nur 27 Kilometer hergestellt. Das ist ein ganz verschwindender Prozentsatz. Die Arbeiten bei der Legung der Schienen geschehen oft unzweckmässig. Oft wird innerhalb von 6 Monaten 2 bis 3 mal das Geleise gewechselt. Hier wäre mehr Sorgfalt notwendig. Das Schmieren der Kurven, das vor dem Krieg regelmässig erfolgt ist, unterbleibt jetzt gänzlich. Das hat zur Folge, dass sobald der Wagen die Kurve passiert, ein schreckliches Kreischen ent-

steht und auch die Radführer darunter leiden. Es wäre wünschenswert, wenn diesen Dingen mehr Aufmerksamkeit zugewendet wird und wenn schon bei der Budgetierung die richtigen Summen für diese Zwecke eingesetzt werden würden. (Beifall bei der E.L.)

Vierter Bogen.

GR. Michal erklärt, dass die Strassenbahn eine grosse Investitionstätigkeit entwickle und auch bei der Budgetierung auf die Verbesserung der Gleisanlagen immer Rücksicht genommen werde. Die Vorlage wird angenommen.

GR. Michal berichtet über die teilweise Aenderung des Projektes der Strassenbahnlinie zur städtischen Wohnhausanlage Sandläuten in Ottakring. Die Linie sollte ursprünglich durch die Speckbachergasse zur Ottakringerstrasse geführt werden. Nunmehr wird beantragt, dass die Linie durch die Mayssengasse zur Rosensteingasse-Taubergasse zu führen ist. Die neue Linienführung bedingt einen Mehraufwand von 240.000 Schilling.

GR. Millik (E.L.) erklärt, dass gegen dieses Projekt nichts einzuwenden sei, doch müsse bemängelt werden, dass planlos gearbeitet wird. Vor drei Monaten wurde das erste Projekt im Gemeinderat beschlossen, die Pläne ausgearbeitet, was gewiss nicht wenig gekostet hat. Nunmehr müssen wieder neue Pläne gemacht werden. Wenn ein privater Unternehmer seinen Betrieb so führen würde, hätte er bald abgewirtschaftet. Mit Steuergeldern der Bevölkerung erlaubt man sich aber eine solche Wirtschaft. Redner urgiert die Fortführung der Linie 10 nach Neuwaldegg. Er beantragt mit dem Besitzer der Realität, die der Fortführung dieser Linie im Wege steht, wegen des Ankaufes zu verhandeln. Schliesslich wünscht er, dass am Wilhelminenberg ein Fussweg geschaffen werde.

GR. Ullrich (E.L.) hält die neue Linienführung für besser als die durch die Speckbachergasse geplante. Auch er verlangt die Verlängerung der Linie 10, für die die Mehrheit kein Interesse zeigt. Man könnte auch den 10er Wagen mit dem J Wagen verbinden, wodurch eine Verbindung von Breitensee nach Ottakring hergestellt werden würde. Dabei würden nur ganz geringe Kosten erwachsen. Die neue Linienführung komme nur den Leuten zugute, die in der Wohnhausanlage Sandläuten sind, sie bieten aber keine Möglichkeit einer Verbindung mit dem 13. Bezirk. Leider weise die Mehrheit alle Anträge der Minderheit ab, was nur geschehe, weil sie von der Minderheit kommen.

GR. Michal entgegnet, dass die Witterungsverhältnisse den Beginn des Baus der neuen Linie verzögert hätten. Auch die Mitglieder der Mehrheit haben eine Reihe von Wünschen nach besseren Strassenbahnverbindungen, die im Rahmen des Budgets nicht durchgeführt werden können. Je nach der finanziellen Möglichkeit wird aber der Ausbau des Strassenbahnnetzes planmässig vorgenommen.

Die Vorlage wird angenommen.

GR. Lötsch (spz. dem.) beantragt einen Grundankauf an der Industriestrasse in Stadlau von der Firma Holzwerke Hermann Otte, A.G. i.L. Der Pauschalpreis beträgt 40.000 Schilling.

GR. Kunschak (E.L.) wünscht Aufklärung, warum jetzt der Kaufpreis nicht mehr in der Tagesordnung angegeben ist. Er wünscht ferner, dass es auch bei der Ansprechung des Kredites bei der alten Praxis bleibe. (Beifall bei der E.L.)

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Lötsch, dass er in seinem Referat den Kaufpreis bekanntgegeben habe. Das Gesamterfordernis beträgt 71.781 Schilling.

Der Antrag wird angenommen.

STR. Kokrda berichtet über den Ankauf eines Hauses in der Piaristengasse von Ingenieur Oskar Mazzella gegen Leibrente. Das Haus ist 1786 erbaut worden, seine Grundfläche beträgt 1009 Quadratmeter. Der Verkäufer erhält 2000 Schilling bar und für seinen Lebensabend eine Jahresleibrente von 4950 Schilling, die, wenn er früher stirbt, auf seine Hausgehilfin übergeht.

GR. Holoubek (E.L.) erklärt, dass durch die fortwährenden Ankäufe die Gemeinde bald die grösste Haus- und Realitätenbesitzerin von Wien sein wird. Trotz dieser Häuserankäufe ist auf dem Wohnungs-

markt keine Entlastung eingetreten. Die Wohnungslosigkeit wurde nur dadurch gedrosselt, dass die Wohnungsuchenden keine Qualifikation mehr bekommen. Es wäre überhaupt interessant, zu erfahren, wie gross heute die Zahl der Wohnungslosen in Wien ist. Der Ankauf von Realitäten gegen Leibrente steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei über das arbeitslose Einkommen. Durch die Realitätenankäufe wollen Sie auf dem Gebiete des Häusermarktes ebenfalls eine Monopolstellung erreichen. (Beifall bei der E.L.)

In seinem Schlusswort erklärt STR. Kokrda, dass das Haus ein Demolierungsobjekt ist, dass ausserhalb der Baulinie steht. Dieser Kauf ist nicht der erste Kauf gegen Leibrente.

Ein solcher Kauf ist eine soziale Tat und alle jene Hausbesitzer, die solche Renten wünschen, mögen sich nur melden. Die Gemeinde wird allen mit demselben Wohlwollen entgegenkommen. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Suchanek referiert über die Erwerbung der Liegenschaft im II. Bezirk Haidingerstrasse Nr. 24 durch die Gemeinde Wien mit einem Betrag von 34.962 Schilling.

Vizebgr. Hoss (E.L.) bemerkt, es sei nicht gegen den Ankauf des Objektes, obwohl die übliche Form nicht eingehalten wurde. Die Gemeinde hätte sich an der exekutiven Versteigerung, die bei diesem Objekt stattgefunden hat, direkt beteiligen sollen. Interessant ist aber, dass auf dem Objekt ein Pfandrecht der Gemeinde Wien von 80.000 Schilling für nicht abgeführte Wohnbausteuer ruht (Hört! Hört! bei der E.L.) Ueber so hohe Posten müsste im Ausschuss berichtet werden. Es ist auch eine Aufklärung darüber notwendig, ^{wieso es kommt,} dass der Eigentümer dieses Hauses ein Herr Salzberg, der als Verwalter anderer Häuser den hohen Betrag schuldig geblieben ist, eine so hohe Summe an Wohnbausteuer, die doch monatlich abzuführen ist, schuldig bleiben konnte. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

STR. Kokrda bemerkt hiezu, der Eigentümer des Hauses hat als Verwalter einer grossen Zahl anderer Häuser Wohnbausteuer nicht abgeführt, daraufhin ist auf drei Vierteile des Hauses, die ihm gehören ein Pfandrecht für die Gemeinde einverleibt worden. Das Haus ist nun exekutiv versteigert worden und die Gemeinde hätte nur 4000 Schilling bekommen. Darum hat die Gemeinde ein Ueberangebot gemacht und falls der gerichtliche Zuschlag erfolgt, wird sie das Haus um 34.962 Schilling ^{an Wohnbausteuer} erwerben. Für den Restbetrag bleibt Herr Salzberg selbstverständlich mit seinem ganzen Vermögen der Gemeinde haftbar. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit)

Der Referentenantrag wird angenommen ebenso werden die Anträge betreffend Tilgung von Grundstreifen an der oberen alten Donau für Zwecke der Errichtung von Bade- und Bootshütten und Wochenendhäuschen sowie betreffend der Errichtung einer Feuerwache in Serebowedorf angenommen.

STR. Speisser beantragt, dass für die Maschinisten in den städtischen Wohnhäusern ein erhöhtes Ueberstundenpauschale bewilligt wird.

GR. Dirisamer (E.L.) spricht sich gegen die Pauschalierung aus, weil nur bei Dienstleistungen, die schwer kontrolliert werden können, solche Pauschalien angewendet werden. Die Maschinisten in den städtischen Wohnhäusern, haben vor allem den Waschküchenbetrieb zu leiten. Auch hier wäre eine zweckmässigere Einteilung der Waschtage notwendig. Man müsste auf Familien mit vielen erwachsenen Personen, die schon im Erwerbsleben stehen, mehr Rücksicht nehmen und ihnen mehr Waschtage zubilligen.

STR. Speiser erwidert, dass die Ueberstunden für die Reparaturen der Waschmaschinen bezahlt werden, eine Arbeit, die schwer zu kontrollieren ist. Bei der Einteilung der Waschtage werde, soweit dies die Verhältnisse gestatten, auf die Zahl der Familienmitglieder Rücksicht genommen.

Die Vorlage wird genehmigt.

GR. Hlöss beantragt für den Bund der enthaltsamen Erzieher Oesterreichs, Landesgruppe Wien, eine Subvention von fünfhundert Schilling. Der Bund hat eine Ausstellung im Gebäude des Stadtschulrates gemacht, die sehr aufklärend gewirkt hat.

GR. Hüppeler (E.L.) sagt, dass gegen die Subventionierung nichts einzuwenden sei, doch hat der Gemeinderat im November 1927 dem selben Bund eine Subvention bewilligt. Hier handelt es sich um eine Organisation die ausschliesslich aus sozialdemokratischen Lehrern besteht, so dass abermals eine reine Parteiunterstützung erfolgt.

GR. Hlöss entgegnet, dass im Vorjahr der Bund enthaltsamer Lehrer subventioniert wurde, während diesmal der Bund der enthaltsamen Erzieher, eine andere Organisation, bedacht wird.

Die Subvention wird bewilligt.

GR. Hlöss berichtet über die Arbeit des Arbeiter Abstinenzbundes in Oesterreich und verweist insbesondere auf die Wanderausstellungen und die grosszügige Propaganda gegen den Alkohol. Die Gemeinde hat in den letzten Jahren den Arbeiterabstinenzbund regelmässig subventioniert und es soll nun auch für 1928 eine Subvention von 15.000 Schilling bewilligt werden.

GR. Stöger (E.L.) erklärt, dass diese Vorlage deutlich den Gegensatz zwischen Theorie und Praxis der Mehrheitspartei aufzeige. Heute vormittags hat der Bürgermeister bei der Ausstellungseröffnung "Mutter und Kind" mit metallenen Worten auf die Schäden des Alkohols hingewiesen. Es wäre ausserordentlich wünschenswert, wenn alles versucht werden würde, um den Milchkonsum zu heben. Gegenwärtig sind von allen Geisteskranken, die am Steinhof untergebracht sind, 41 Prozent Alkoholiker. Während die Polizei in Wien über 21 Trinkerfürsorgestellen verfügt, hat die reiche Gemeinde Wien nur eine Trinkerfürsorgestelle. Wie die Bekämpfung des Alkoholismus durch die Gemeinde aussieht, ist daraus zu erkennen, dass mit einer Verordnung vom 6. Jänner d.J. die Öffnungsstunde der Brantweinschänker von 6 Uhr auf halb 6 Uhr früh vorgelegt wurde. (Beifall bei der E.L.)

Der Antrag wird angenommen.

Ohne Debatte wird sodann der Entwurf für einen neuen Wohnhausbau in der Gratian Marxstrasse genehmigt und die Baubewilligung für diese Wohnhausanlage erteilt. Die Baukosten betragen 200.000 Schilling.

GR. Weber berichtet über die Errichtung einer neuen Wohnhausanlage in der Weinlechnergasse-Rüdengasse. Die Kosten betragen 500.000 Schilling.

GR. Kunschak (E.L.) stellt fest, dass die Frage der Bauten der Heiligenstädterstrasse und Hagenmüllergasse noch immer vollständig ungeklärt ist. Wir kennen die Ursache der Katastrophe nicht ebensowenig das Ergebnis der Untersuchung, den Umfang der Schäden und den Charakter der Sicherungsarbeiten. Bei einer so ungeklärten Situation ist es schwer möglich, die Errichtung weiterer städtischer Wohnhausbauten zuzustimmen, weil man keine Gewähr besitzt, ob sich nicht ähnliche Katastrophen wie in der Heiligenstädterstrasse und Hagenmüllergasse ereignen. Es wäre Pflicht endlich einmal mit dem Bericht herauszukommen. (Lebhafte Zu-

stimmung bei der E.L.) Wenn das nun, nachdem die Erhebungen schon monatelang dauern, nicht geschieht, muss man zu dem Glauben kommen, dass die Berichte so konstuiert werden sollen, dass die Wahrheit nicht an den Tag kommt. Gemeinderat Kunschak richtet an Stadtrat Weber die Frage, ob er bereit sei, den Bericht dem Gemeinderat in der allernächsten Zeit vorzulegen.

STR. Weber erwidert hierauf, dass sich das Sachverständigen-gutachten in Ausarbeitung befindet und dem Gemeinderat in der aller-kürzesten Zeit unterbreitet werden wird. Daraufhin wird sogleich der Untersuchungsausschuss zusammentreten um diesen Bericht entgegenzunehmen. Schon die Namen der Sachverständigen bürgen dafür, dass eine Verschlei-erung absolut ausgeschlossen ist und dass nur die Wahrheit berichtet werden wird.

Der Antrag wird angenommen.

ST. R. Weber beantragt die Errichtung einer Wohnhausanlage in der Cervantesgasse mit dem Betrag von 580.000 Schilling.

GR. Körber (E.L.) beklagt sich darüber, dass die Wohnhausbauten nicht dazu benützt werden, um dem Wohnungselend abzuhelpfen, sondern dass man wie dies zum Beispiel im Lassallehof geschehe, parteipolitische Organisationen dort einquartiert.

STR. Weber bemerkt hierzu, dass Wohnräume, in den städtischen Wohnhausanlagen nur für Wohnzwecke benützt werden. Dass Säle und Einbauten zu diversen Veranstaltungen benützt werden, sei nicht den Wohnbauten eigentümlich und die Gemeinde könne/als Eigentümerin der Häuser auch gar nicht kontrollieren von wem derartige Ver-anstaltungen ausgehen.

Der Bau wird bewilligt.

Die Tagesordnung ist erledigt, Schluss der Sitzung
22 Uhr.

.....

Beirat zur Beurteilung der Pressgesetzlichen Verbote. Wie gemeldet, hat der Bürgermeister als Landeshauptmann einen Beirat bestehend aus ausübenden Künstlern und Schriftstellern, Literatursachverständigen und Vertretern der Jugendfürsorge und Jugenderziehung bestellt, der bei Verbreitungsverboten nach Paragraph 12 des Pressgesetzes sein Gutachten abgeben soll. Am Mittwoch war die erste Sitzung dieses Beirates. Es wurde die Art der Erfüllung seiner Aufgabe grundsätzlich besprochen. Zur Abgabe eines Gutachtens, ob ein bestimmtes Druckwerk durch Ausnützung der jugendlichen Liebe das sittliche Wohl der Jugend gefährde, kam es nicht, weil die einzige vorliegende Berufung gegen ein Polizeiverbot schon wegen der formalen Mängel des Erstinstanzlichen Bescheides behoben werden musste. Diese Behebung hat allerdings praktisch keine Bedeutung, weil das Verbreitungsverbot längstens für drei Monate ausgesprochen werden kann und diese Frist bereits in den nächsten Tagen abläuft. In Zukunft wird ein jeder einzelne Berufungsfall ungesäumt dem Beirat zur Begutachtung vorgelegt werden.

.....

Wien, am Samstag, den 28. April 1928

Ausgestaltung von städtischen Bädern. Um einen besonderen Wunsch der Leopoldstädter Bevölkerung nachzukommen, hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten eine Ausgestaltung des städtischen Volksbades in der Vereinsgasse beschlossen. Es werden dort eine Wannenbadabteilung mit 16 Kabinen neu errichtet und die Einzelbrausebäder um vier Kabinen vermehrt. Ausserdem werden die Einzelbrausebäder mit verfliessten Wänden ausgestattet. Das städtische Strandbad alte Donau erfährt ebenfalls eine Ausgestaltung. Es wird der Spielplatz um einen 54 Meter breiten Geländestreifen erweitert. Ferner werden zwei Umkleidehallen zur Unterbringung von 450 Umkleidekästchen neu errichtet. Die Ausgestaltungsarbeiten kosten für beide Bäder insgesamt 258.000 Schilling.

Festbeleuchtung des Rathauses. Am 1. Mai wird das Neue Wiener Rathaus von 20 Uhr bis 21 Uhr festlich beleuchtet. Der Leuchtbrennen auf dem Schwarzenbergplatz wird von 21 Uhr bis 22 Uhr im Betrieb gesetzt.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses findet morgen Sonntag um 11 Uhr vormittags eine allgemeine Führung statt.

Landaufenthalt für erholungsbedürftige Jugendliche. Die Lehrlingsfürsorgeaktion hat bisher die Erholungsheime Fischau a. d. Schneebergbahn und Grödig bei Salzburg für Lehrlinge sowie das Erholungsheim Schloss Neulengbach für Lehrlinge eröffnet. Um alle bisher angemeldeten Lehrlinge unterzubringen, wird das Erholungsheim in Wieselburg a. d. Erlauf am Donnerstag, den 3. Mai, und das Erholungsheim in Bruck a. d. Leitha am Donnerstag, den 10. Mai, eröffnet. Die Anmeldungen erfolgen wie bisher jeden Dienstag und Donnerstag von 17 bis 18 Uhr in Wien, VI., Königseggasse 10. Arbeitslose und schulentlassene Jugendliche können sich täglich in der Geschäftsstelle der Lehrlingsfürsorgeaktion Wien, I., Hanuschgasse 3, melden.

Verkehrsregelung auf dem Kohlmarkt und in der Tuchlauben. Um die Verkehrsüberstände auf dem Kohlmarkt und zum Teil auch in den Tuchlauben, die dadurch hervorgerufen werden, dass sich Fuhrwerke wahllos auf der rechten und linken Strassenseite aufstellen, zu beseitigen, dürfen sich von nun an sowohl auf dem Kohlmarkt als auch in den Tuchlauben die Fuhrwerke nur an den breiteren Strassenteilen und zwar nur in einer Reihe aufstellen; sonst dürfen sich Fuhrwerke nur solange aufhalten, als für das Aus- und Einsteigen von Fahrgästen, für das Bezahlen des Fuhrlohnes oder für das Auf- und Abladen von Gegenständen unbedingt notwendig ist.

Ein Grabdenkmal für die Juliofner. Wie bekannt, hat die Gemeinde Wien den Juliofnern eine eigene Grabstätte auf dem Zentralfriedhof gewidmet, in der 66 Leichen beigesetzt worden sind. Nun wird an dieser Grabstätte auch ein Grabdenkmal errichtet. Es besteht aus drei Mono-

lithen aus Mauthausener Granit, die vier Meter hoch sind. Der mittlere Monolith wird die Inschrift tragen: Den Opfern des 15. und 16. Juli; auf den beiden Seitenmonolithen werden die Namen der Opfer verzeichnet sein.

Keine Sitzungen im Rathaus. Nächste Woche entfällt sowohl die Sitzung des Wiener Stadtsenates als auch des Wiener Gemeinderates.

35.000 Kinder warten auf einen Landaufenthalt. Wenn der Frühling ins Land zieht, veranstaltet das Wiener Jugendhilfswerk unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler alljährlich eine Sammlung für erholungsbedürftige Wiener Kinder. So wird auch heuer eine Haussammlung durchgeführt, die am 20. April begonnen hat und am 6. Mai endet. Für diese Haussammlung haben sich rund 5000 Fürsorgeräte aller Parteien freiwillig und ohne Entschädigung zur Verfügung gestellt. Am 5. und 6. Mai wird ausserdem eine Strassensammlung veranstaltet. An beiden Tagen erhält jeder Spender ein Päckchen Milchkaramellen, die von der Firma Stollwerk dem Wiener Jugendhilfswerk kostenlos zur Verfügung gestellt wurden. Musikumzüge und Strassenkonzerte werden die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die Kinderrettungswoche lenken. Anschläge in der Strassenbahn und auf Plakatwänden, ferner Leuchtschilder und Ankündigungen in Lichtjournalen, sowie Verlautbarungen der Rawag werden die Propaganda verstärken. Das Ergebnis der Kinderrettungswoche kommt den Fürsorgeorganisationen aller Parteien zugute, die schon mit den Vorarbeiten für die Eröffnung der Heime begonnen haben. Die Mittel der Kinderrettungswoche werden ausschliesslich für Freiplätze an gesundheitlich und wirtschaftlich bedürftige Kinder verliehen.

Ermässigung von Bäderpreisen in den städtischen Sommerbädern. Um der Bevölkerung den Besuch der städtischen Sommerbäder zu erleichtern, wurden die Preise für Saisonkarten wesentlich herabgesetzt. Im Strandbad Gänsehüfel wird eine Saisonkarte im Familienbad 40.-Schilling kosten, im Herren- oder Frauenbad für Kabinenbenützung 24.-Schilling und für Kästchenbenützung 10,5 Schilling. Neu eingeführt wird die Vermietung von Familienkabinen, die für zwei Personen um 70.-Schilling erhältlich sein werden. Ausserdem werden noch sogenannte Doppelkabinen für zwei Personen um 90.-Schilling vermietet. Für diese Doppelkabinen wird je eine weitere erwachsene Person eine Mietbenützungsgeld von zwanzig Schilling und Kinder eine solche von 10.-Schilling zu entrichten haben. Besonderen Anklang dürften die Saisonkarten zur Benützung sämtlicher städtischer Sommerbäder finden. Der Preis solcher Saisonkarten beträgt bloss 40.-Schilling. Auch in den übrigen städtischen Sommerbädern weisen die Preise für Saisonkarten durchwegs niedere Ansätze auf. Die städtischen Sommerbäder, die im Jahre 1926 von 1,593.048 Badegästen besucht wurden, dienten im Vorjahr 2,087.599 Badelustigen zur erquickenden Erholung.

Schülerfahrtbegünstigungen für das kommende Schuljahr. Die Direktion der städtischen Strassenbahnen macht darauf aufmerksam, dass es sich empfiehlt, die Ansuchen um Schülerfahrtbegünstigungen auf den städtischen Strassenbahnen für das kommende Schuljahr schon im Mai einzubringen. Nur diese rechtzeitig eingebrachten Ansuchen können zeitgerecht so erledigt werden, dass der Begünstigte gleich bei Beginn des neuen Schuljahres in den Genuss der Fahrtermässigung tritt.

Wien, am Montag, den 30. April 1928

Der Zusammenstoss eines Feuerwehrautos mit einem Strassenbahnzug.

Am Sonntag um 20 Uhr 10 stiess am Sechshausergürtel bei der Graumangasse der Wagen Nummer 67 der Linie 18 G der elektrischen Stadtbahn, der zwei Anhängewagen führte, mit dem aus der Feuerwache Mariahilf kommenden Kraftwagen Nummer 25 der Berufsfeuerwehr zusammen. Dabei erlitten acht Feuerwehrleute Verletzungen, darunter der Rat der städtischen Feuerwehr Oberingenieur Deutscher derart schwere innere Beschädigungen, dass er um 22 Uhr 20 auf der zweiten Unfallstation starb. Von den Strassenbahnfahrern wurden vier leicht verletzt. Die Störung des Verkehrs dauerte 36 Minuten. Die Ursachen des Zusammenstosses sind noch ungeklärt. Die Strassenbahndirektion teilt mit, dass die Bremsen vollkommen intakt waren. Für die Schuldlosigkeit des Motorführers sind eine Reihe von Zeugen vorhanden. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Brandrat Ingenieur Julius Deutscher wurde am 13. Mai 1882 in Wien geboren. Nach Ablegung der Matura an der Oberrealschule in Weisskirchen besuchte er die technische Militärakademie in Wien. Im Jahre 1903 wurde er als Leutnant zum Pionierbataillon I ausgemustert und war viele Jahre Kommandant der Pressburger Militärfeuerwehr. Im Jahre 1914 trat er in den Dienst der Wiener Berufsfeuerwehr. Während des Krieges war er Kommandant der Pionierkompanie Nr. 5 und wurde zweimal verwundet. Im letzten Kriegsjahr war er der ^{Hoch-}bauabteilung des Kriegsministeriums als Organisator des Feuerschutzes bei der Armee zugeteilt. Nach dem Krieg machte er in der Feuerwehrzentrale am Hof Dienst, wo er auch die Agenden eines Personalreferenten führte. Seit dem Jahre 1923 war Brandrat Ingenieur Deutscher Wachvorsteher der Hauptwache Mariahilf. Der Verunglückte ist seit dem Jahre 1910 verheiratet und hinterlässt eine Witwe und einen 17jährigen Sohn.

Die Wiener Berufsfeuerwehr verliert im Brandrat Deutscher nicht nur einen guten Kameraden, sondern auch einen bewährten Offizier, der sich bei vielen Aktionen durch seine Umsicht, Tatkraft und reiche Kenntnis ausgezeichnet hat.

Die Anleihe der Stadt Wien vom Jahre 1902.

Das Berliner Landgericht weist die Klage gegen die Gemeinde Wien ab.

Nunmehr ist auch in dem dritten vor dem Landgericht in Berlin anhängigen Prozess, den Inhaber von Stücken der 1902er Anleihe gegen die Gemeinde Wien angestrengt haben, das Urteil zugestellt worden. Auch diese Klage, die die Herren Dr. Burkhardt und Reichsbankrat Ratjen erhoben haben, wurde zur Gänze abgewiesen. Der erstgenannte Kläger hat die Aufrechthaltung des Obligationsdienstes in Goldmark verlangt, letzterer Kläger hat die Giltigkeit des mit den deutschen Inhabern abgeschlossenen Uebereinkommens, dem auch er beigetreten war, angefochten und die Rückgabe der auf Grund dieses Uebereinkommens eingelösten Titres sowie die Bezahlung in Reichsmark begehrt. Die Entscheidung gründet sich darauf, dass die Rechte der Inhaber der 1902er Obligationen ausschliesslich nach österreichischem Rechte zu beurteilen sind und daher auch das bekannte Gesetz vom Jahre 1922 Anwendung zu finden hat. Nach diesem Gesetz ist die Gemeinde Wien berechtigt, die noch im Umlauf befindlichen Stücke zum Nennwert in Kronen einzulösen.

Ablenkung des Bahnhofsverkehrs der Strassenbahnen. Wegen Gleisarbeiten in der Wallensteinstrasse wird der Bahnhofsverkehr am Mittwoch, Donnerstag und Freitag vom Nordwestbahnhof über die Taborstrasse-Kai-Porzellangasse-Lichtenwerderplatz zum Gürtel geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

Spiel- und Sportfest der Wiener Fortbildungsschuljugend. Die Sportgruppe der Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen veranstaltet kommenden Sonntag auf den Anlagen der österreichischen Lehrersportvereinigung das erste Spiel- und Sportfest der Fortbildungsschuljugend Wiens. An der Veranstaltung werden rund 700 Schüler und Schülerinnen teilnehmen. Das Fest beginnt schon um 8 Uhr früh. Um 10 Uhr vormittags beginnt die Hauptveranstaltung mit einem Aufmarsch sämtlicher bei der Sportgruppe gemeldeten Spielmannschaften auf dem grossen Festplatze. Der Einzug erfolgt unter den Klängen einer Fanfarenmusik der Musikgruppe der Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen. Der Obmann des Wiener Fortbildungsschulrates Nationalrat Karl Volkert wird eine Festrede halten, worauf dann die Spiele sämtlicher Mannschaften ihren Anfang nehmen. Der Eintritt zu allen Veranstaltungen ist frei. Sollte eine ungünstige Witterung die Abhaltung des Festes am Sonntag verhindern, so findet die Veranstaltung am nächsten Sonntag, das ist am 13. Mai, statt.

Neue Einbahnstrassen in der Inneren Städt. Mit einer Kundmachung des Wiener Magistrates werden die Singerstrasse, Himmelpfortgasse und Annagasse von der Kärntnerstrasse zur Seilerstätte, die Weihburggasse und Johannegasse von der Seilerstätte zur Kärntnerstrasse, die Krugerstrasse von der Akademiestrasse zur Kärntnerstrasse, die Liliengasse von der Singerstrasse zur Weihburggasse und schliesslich die Rauhensteingasse von der Himmelpfortgasse zur Weihburggasse als Einbahnstrassen erklärt. In den genannten Strassen dürfen Fuhrwerke nur in der gestatteten Fahrtrichtung fahren und dürfen sich auch nur auf der linken Seite der gestatteten Fahrtrichtung und nur in einer Reihe durch längere Zeit aufstellen; eine Aufstellung auf der rechten Seite ist nur solange gestattet, als für das Aus- und Einsteigen von Fahrgästen, für das Bezahlen des Fuhrlohnes oder für das Auf- oder Abladen von Gegenständen unbedingt notwendig ist.

Stadtbahn- und Strassenbahnverkehr am 1. Mai. Am morgigen Staatsfeiertag wird der Betrieb der Wiener elektrischen Stadtbahn und der Wiener städtischen Strassenbahnen nach 14 Uhr (ab Ring gerechnet) aufgenommen.

Festbeleuchtung des Wiener Rathauses. Anlässlich des Staatsfeiertages wird das Wiener Rathaus morgen von 20 Uhr bis 21 Uhr festlich beleuchtet. Der Leuchtbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz wird von 21 Uhr bis 22 Uhr in farbigem Licht erstrahlen. Alle städtischen Gebäude werden mit Fahnen in den Farben der Stadt Wien geschmückt. Bei der Besichtigung der Festbeleuchtung des Rathauses sind die Weisungen der Wachorgane genauestens zu befolgen. Die Gemeindeverwaltung macht ferner darauf aufmerksam, dass die Rasenbeete am Ring neu besäet wurden, und deshalb ersucht, Beschädigungen durch Betreten der Beete zu vermeiden.

Statistische Mitteilungen der Stadt Wien. Vor einigen Tagen ist das dritte Sonderheft des Jahrganges 1927 der statistischen Mitteilungen der Stadt Wien erschienen. Es behandelt in einer Darstellung von Obermagistratsrat Dr. Delannoy die Selbstmorde und Selbstmordversuche in Wien im Jahre 1926. Der überaus übersichtlichen Darstellung sind viele statistische Daten beigegeben.